

Werk

Titel: Buchbesprechungen

Ort: Bern

Jahr: 2003

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?519763432_0018 | LOG_0043

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

✉ info@digizeitschriften.de

Buch- besprechungen

*Heide Berndt**

*Zehn Publikationen über die »Acht-
undsechziger«*

Ingrid Gilcher-Holtey, Die 68er Bewegung. Deutschland, Westeuropa, USA, München: Verl. C.H. Beck 2001. 136 Seiten, € 7,50

Jens Renner, 1968, Hamburg: Europäische Verlagsanstalt/Rotbuch Verlag 2001. 95 Seiten, € 8,60

Gerd Langguth, Mythos '68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke – Ursachen und Folgen der Studentenbewegung. München: Olzog 2001. 224 Seiten, € 24,50

Hans-Jürgen Wirth (Hg.), Hitlers Enkel – oder Kinder der Demokratie? Die 68er-Generation, die RAF und die Fischer-Debatte, Gießen: Psychosozial Verlag 2001. 236 Seiten, € 14,90

Oliver Tolmein, Vom Deutschen Herbst zum 11. September. Die RAF, der Terrorismus und der Staat, Hamburg: Konkret Literatur Verlag 2002. 256 Seiten, € 17,00

Gerd Koenen, Das Rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln: Kiepenheuer & Witsch 2001. 554 Seiten, € 25,90

Jochen Gester/Willi Hajek (Hg.), 1968 – und dann? Erfahrungen, Lernprozesse und Utopien von Bewegten der 68er Revolte, Bremen: Atlantik Verlag 2002. 256 Seiten, € 10,00

Rainer Baginski, Das drittletzte Kind – kein Roman, Frankfurt/Main: Zweitausendundeins 2001. 613 Seiten, € 20,00

Ulrike Heider, Keine Ruhe nach dem Sturm, Hamburg: Rogner & Bernhard bei Zweitausendundeins 2001. 324 Seiten, € 16,85

Ute Kätzel, Die 68erinnen. Porträt einer rebellischen Frauengeneration, Berlin: Rowohlt Verlag 2002. 319 Seiten, € 22,90

ES werden noch viele Bücher zum legendären Jahr '68 geschrieben werden, weil trotz der Fülle der Veröffentlichungen immer noch eine große Ratlosigkeit herrscht, diese Ereignisse zu deu-

* Heide Berndt ist am 22. Februar 2003 völlig unerwartet gestorben. Damit haben wir eine weitere Kollegin und Weggefährtin verloren, die den Aufbruch der 1960er Jahre mitgestaltete. Heide Berndt wurde 1938 geboren und studierte Soziologie am Institut für Sozialforschung in Frankfurt. Danach arbeitete sie acht Jahre lang als wissenschaftliche Assistentin für Stadt- und Architektursoziologie am dortigen Sigmund-Freud-Institut und gestaltete in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre die Politik des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds mit. Seit 1979 lehrte sie an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin das Fach Sozialmedizin. Die vorliegende Sammelbesprechung über »1968« wurde durch ihren Tod zum Vermächtnis. Die von Heide Berndt projektierte (selbst-)kritische Studie über die innere und äußere Dynamik von »1968« in Frankfurt und Berlin wird nun nicht mehr erscheinen.

ten. Auch ich versuche seit einigen Jahren, den »Mythos 68« zu enträtseln und werde noch einige Zeit dazu brauchen, weil das Wichtigste zunächst die Sicherung des Materials ist. Wer nicht in vorgebahnten Deutungsmustern bleiben will, muss sich um (fast) jedes Detail kümmern. Meine erste Frage an neu erschienene Bücher ist darum immer die nach der Genauigkeit historisch relevanter Fakten. Ein wichtiger Prüfstein dafür ist die Darstellung des Anteils der Frauen an dieser Bewegung. Wie wird über den »Aktionsrat zur Befreiung der Frauen« berichtet? Werden die Frankfurter »Weiberräte« und die anderer Städte überhaupt erwähnt?

Die hier vorgestellten Veröffentlichungen beschränken sich nur zu einem kleinen Teil auf die Darstellung der 68er Bewegung (Gilcher-Holtey, Renner), meist wird die »Chiffre 68« benutzt, um sich dem Thema RAF und Gewalt in der Politik zu widmen. (Langguth, Wirth, Tolmein). Eine große Anzahl der Bücher sind lebensgeschichtliche Verarbeitungen dieser Zeit. (Koenen, Gester/Hajek, Baginski, Heider, Kätzel)

Ingrid Gilcher-Holteys schmale Studie untersucht die internationalen Ähnlichkeiten verschiedener 68er Bewegungen. Bei ihr stimmen die Fakten; das ist bei all ihren Veröffentlichungen höchst erfreulich. Sie ist Historikerin, keine Zeitzeugin. Ihr ursprüngliches Forschungsgebiet war die französische 68er Bewegung, das sie längst um Untersuchungen zur deutschen erweitert hat. Hier legt sie einen Vergleich zwischen deutscher, französischer und amerikanischer Studentenbewegung vor. Ihre These ist, dass 68 »mehr als eine ›Studentenrebellion‹ oder ›Generationsrevolte‹« war, was Worte wie

»Karneval« oder »romantischer Rückfall«, »Kulturbruch« oder »Revolution im Welt-system« nicht erklären können. Ob nun das seit Jahren von ihr benutzte Deutungsschema der »neuen sozialen Bewegung« den Mythos 68 zu fassen vermag, ist allerdings meines Erachtens nach fraglich (S. 10).

Gemeinsam ist diesen 68er Bewegungen, dass sie sich bei ihrer Konstituierung auf Argumente der ›Alten Linken‹ bezogen, die eine kritische Haltung gegenüber dem »real-existierenden Sozialismus« einnahmen. Große Bedeutung hatte in diesem Zusammenhang die englische Zeitschrift *New Left Review*, auf die sich der amerikanische Soziologe C. Wright Mills bezog, als er den Begriff »Neue Linke« prägte. Sowohl der amerikanische wie der deutsche SDS (Sozialistische Deutsche Studentenbund) bezogen sich auf diese Diskussionen. »Beide Studentenverbände nehmen die, aus ihrer Sicht bedrohte Meinungsfreiheit, verstanden als Recht, auf dem Campus zu politischen Fragen Stellung zu beziehen, zum Anlass, ihre Vorstellungen von einer Demokratisierung der Hochschulen und der Gesellschaft zu entfalten.« (S. 34) Es ist der Krieg, den die USA in Vietnam führen, der zum gemeinsamen Fokus aller 68er Bewegungen wird, die sich das Recht herausnehmen, aktiv in politische Geschehnisse einzugreifen, um Meinungsfreiheit und Minderheitenrechte einzufordern. Wie eng die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen SDS-Leuten waren, werden demnächst die Forschungen eines jungen Historikers, Martin Klimke aus Heidelberg, noch deutlicher zeigen.

In der ersten Hälfte des Jahres 1968 erreichten die verschiedenen 68er Bewegungen ihren Höhepunkt und waren

durch den ungeheuren Zulauf von Sympathisanten »ständig von Auflösung und Zerfall bedroht«. Deswegen wurde die »Organisationsfrage« wichtig. (S. 95) Warum dies dazu führte, dass sich marxistisch-leninistische Gruppen der verschiedensten Art in den verschiedenen Ländern gründeten, vermag Gilcher-Holtey mit ihrem soziologischen Begriffsinventar nicht zu klären. Auch wird die Kritik der Frauen an den Organisationsvorstellungen der Männer mit keinem Wort erwähnt.

Die höchst vernünftige Forderung von Gilcher-Holtey, sich auf die »ursprüngliche Orientierung« von 68 zu besinnen, um sie als »historische Formation« besser bestimmen zu können, hält sie insofern nicht ein, als sie am Deutungsmuster der »neuen sozialen Bewegung« festhält. (S. 112) Trotzdem kommt sie in ihrem Epilog zu dem Schluss, dass der »Demokratisierungsschub durch Selbstorganisation, den die 68er Bewegung freisetzte«, immer noch nachwirkt. (S. 127)

Nett gemacht zur Schnellinformation über 68 ist das kleine Rotbuch von Jens Renner, weil es bebildert ist. Auch hier wird der internationale Charakter der Protestbewegung betont. (S. 7) Die Aktionsformen ähnelten sich international. Ungenauigkeiten gibt es nur in dem Kapitel »Kommunen und Kinderläden«. Im Januar 1967 wurde die Kommune 1 gegründet, die Kommune 2 erst im August 1967. (S. 59) Die Kinderläden wurden vom »Aktionsrat zur Befreiung der Frauen« schon vor dem Vietnamkongress im Februar 1968 ins Leben gerufen, nicht erst danach. (S. 60) Ansonst ist der Zusammenhang zwischen Frauenprotest und Ende des SDS anfangs zutreffend, dann aber zu verkürzt dargestellt. (S. 70–

73) Dies sind aber nur kleine Kritikpunkte, die den Informationswert des Buches insgesamt kaum trüben. Den »Streit um die Deutungshoheit« lässt der Verfasser offen. (S. 88–91)

Gerd Langguth gehört seit vielen Jahren zu den »wissenschaftlichen Begleitern« der 68er Bewegung. Obwohl er als ehemaliger Angehöriger des RCDS (Ring christlicher deutscher Studentenschaft) ein Zeitzeuge sozusagen der Gegenseite ist, zeichnen sich seine Untersuchungen meist durch ein hohes Maß an Genauigkeit aus. In diesem neuen Buch bezieht sich Langguth auf die »Fischer-Debatte« Anfang 2001 (S. 9–15, 145 f.), um seine zentrale These zu untermauern: dass die »Ursächlichkeit für einen langsam entstehenden Terrorismus auch auf Dutschke unmittelbar« zurückzuführen sei. (S. 77) Dutschke stehe in viel näherer Beziehung zur RAF und zum Terrorismus als das üblicherweise gesehen werde. Er konnte sich ein gewisses »Charisma« bewahren, »weil seine Verwundung bei dem Attentat und sein früher Tod eigentlich nie das Gleisnerische dieser eine ganze Generation prägenden Figur herausdestillieren ließ.« (S. 39) »Rudi Dutschke, der in der kollektiven Erinnerung der Öffentlichkeit häufig als leidenschaftlicher Utopist, aber zugleich auch als Verfechter der Gewaltfreiheit interpretiert wird, war in seinem Gewaltverständnis mehr als nur schillernd.« (S. 58) Die RAF hätte er wohl nicht unterstützt (S. 79), aber es fänden sich in seinen Reden und nachgelassenen Notizen reichlich Anhaltspunkte, aus denen ein naives Gewaltverständnis offenbar werde. Gewalt erscheint gerechtfertigt, wenn sie dem Sieg der Revolution unmittelbar zugute kommt. (S. 60–64)

Jede ernstzunehmende soziologische Deutung der 68er Bewegung wird sich mit dem »Thema gesellschaftliche Veränderung – Gewalt – Revolution« auseinandersetzen müssen. Auch wenn Langguth ein recht guter Historiker ist, so ist sein soziologisches Verständnis begrenzt, weil er einen grundsätzlichen »Ideologieverdacht« hat. Alles politische Verhalten erscheint bei ihm ideologisch: Marcuse, überhaupt die »Frankfurter Schule« sind nichts als »Ideologie-Lieferanten«. (S. 27) So ist Langguth unfähig, die von Horkheimer im »Autoritären Staat« entwickelte Kritik der Französischen und Russischen Revolution zu verstehen, die schon 1958 sehr differenziert gegen Habermas vorgebracht wurde, weil Habermas an einem Revolutionsverständnis orientiert war, das größte Ähnlichkeit mit dem von Dutschke und den meisten SDS-Mitgliedern hatte. (Horkheimer Schriften Bd. 18) Habermas hatte Dutschke während der Trauerfeier für den erschossenen Benno Ohnesorg wegen seiner »voluntaristischen Ideologie« angegriffen, gemeint war damit das Konzept der »direkten Aktion«. Nach Habermas Verständnis hätte Dutschke aber nur zu Aktionen aufrufen dürfen, wenn Anzeichen einer revolutionären Situation zu erkennen gewesen wären.

Es ist im Grunde das Leninsche Revolutionsmodell, wonach Gewalt beziehungsweise das »Risiko von Menschenverletzung«, wie Habermas sich 1967 ausdrückte, »legitimiert« sei, wenn es um die Revolution geht. (S. 84) Und die Revolution, das sah Habermas nicht anders als Dutschke, die RAF oder die K-Gruppen, wird von den »Arbeitermassen« gemacht. Ansonsten wäre es eine »Scheinrevolution«, wie Habermas ein Jahr spä-

ter, im Sommer 1968, sagte. Die Revolutionsbilder des 19. Jahrhunderts haben in geradezu dramatischer Weise die Köpfe noch Mitte des 20. Jahrhunderts bestimmt. Die Gründe dafür zu verstehen und auf den Begriff zu bringen, wäre die eigentlich lohnende Aufgabe. Aber das ist nicht die Sache von Langguth. Er bereitet nur das so verwirrend reichhaltige Material in Thesen auf, die teils einsichtig, häufiger kaum nachzuvollziehen sind.

Was die »Erben der Studentenbewegung« angeht, so kennt sich Langguth zwar bei den K-Gruppen gut aus, weniger jedoch bei »Spontis« und »Autonomen«, jener Szene, aus der Cohn-Bendit und Joschka Fischer stammen. Gerade was den durch die »Fischer-Debatte« wieder erinnerten »Häuserkampf« in Frankfurt Anfang bis Mitte der 70er Jahre angeht, bringt Langguth entscheidende Fakten durcheinander. »Häuserrat« und »Revolutionärer Kampf« waren nicht »identisch«, wie er behauptet (S. 161), auch wenn sie gemeinsame Aktionen machten. In welcher Weise Hans-Joachim Klein oder auch Johannes Weinrich, die sich ganz oder zumindest vorübergehend wie Klein zum Terrorismus bekannt und entsprechend agiert haben, in die Frankfurter Szene eingebunden waren, wie die einzelnen Gruppen dieser Szene sich abgrenzten, aber auch miteinander kooperierten, das alles ist Langguth weitgehend verschlossen. Nur so ist zu erklären, dass in einer Fußnote die Aussage gemacht wird, Barbara Köster »gilt als ehemalige Freundin von Joseph Fischer« (S. 103), während jedes Szenemitglied in Frankfurt wusste, dass sie mit Cohn-Bendit befreundet war. Es erübrigt sich fast zu sagen, dass Frauen als handelnde Wesen in der 68er Bewegung bei Langguth nicht existieren.

Das Buch macht den Eindruck, als sei es allzu rasch aus bereits bekanntem Material zusammengestellt worden, um bei der in den Medien im Jahr 2001 breit geführten Debatte über die Vergangenheit Joschka Fischers mithalten zu können. Leider ging dies auf Kosten der Qualität.

Die Aufsatzsammlung von Hans-Jürgen Wirth »stellt die erweiterte Fassung einer Publikation dar, die 1997 unter dem Titel »Versuche, die Geschichte der RAF zu verstehen«, erschienen war. (S. 9) Es handelt sich um eine Aufsatzsammlung, die sich in der Hauptsache um Aussagen von Birgit Hogefeld beziehen. Sie war am 27.6.1993 in Bad Kleinen verhaftet worden, während ihr Lebensgefährte Wolfgang Grams unter strittigen Umständen ums Leben gekommen war. 1994/95 wurde in Frankfurt/Main der Prozess gegen sie geführt, wobei ihr mehrere Morde im Indizienverfahren angelastet wurden. Sie wurde zu lebenslanger Haft verurteilt.

In dem einleitenden Aufsatz versucht Wirth, der sich selbst als 68er sieht, die Entwicklung des bewaffneten Kampfes psychoanalytisch zu deuten. »Größen- und Allmachtsphantasien«, besonders aber die »romantische Verklärung von Revolution und Illegalität« hätten es der gesamten 68er Generation lange Zeit schwer gemacht, sich von der RAF abzugrenzen. (S. 21) Allerdings seien die Proteste gegen den Vietnamkrieg auch als unbewusste Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit der Eltern zu verstehen. (S. 27) »Die RAF-Terroristen sind »unbewusste Delegierte« (Stierlin) ihrer Eltern, daher ihr »heiliger Eifer.« (S. 31) Der These von Wirth, dass die »gesamte 68er Generation das von Antifaschismus

geprägte Feind- und Weltbild der RAF-Terroristen« in »gewissen Grundzügen« teilte, kann ich mich nicht anschließen. Auch hier wird deutlich, dass Wirth, die noch innerhalb des SDS geführte Kritik der Frauen an den von Gewaltphantasien durchsetzten Männerdiskussionen nicht zur Kenntnis genommen hat.

Sehr ähnlich wie Wirth argumentiert auch Horst Eberhard Richter: »Aber die RAF war eben nicht von vornherein ein Außenseiter-Phänomen, sondern nur eine Extremvariante einer Bewegung, die ausgezogen war, der Hitler-Generation die heuchlerische Anpassungsmaske vom Gesicht zu reißen ...«. (S. 77) So kann er Birgit Hogefeld als »rächende Erlöserin ihres Vaters« sehen. (S. 79) Solche Erklärungen sind mir allerdings zu wenig auf die Person bezogen, deren Handeln sie erklären sollen, weil sie von fast beliebiger Allgemeinheit sind.

Zur »Prozeßerklärung«, die Birgit Hogefeld am 21.7.95 verfasste, merkt Richter an, dass diejenigen 68er, die den bewaffneten Kampf befürworteten, sich in einer »paranoiden Position« befunden und zur Stabilisierung dieser Position ein »Feindbild« gebraucht hätten. So sei die RAF geradezu lehrbuchhaft von einer »ans Psychotische grenzende Gruppenpathologie« geprägt gewesen. (S. 141)

Hauptmechanismus der pathologischen Gruppenprozesse scheint mir die Einteilung der Welt in ein Gut-Böse-Schema, das die Realitätswahrnehmung stark vereinfacht. Dies wird von Birgit Hogefeld sehr eindringlich beschrieben: »Unsere auf einen bestimmten Ausschnitt reduzierte Wahrnehmung der Welt ... führte zwangsläufig zu einem falschen, weil eingegengten Bild, in dem alles zu einem Schwarz-Weiß-Schema zusammen-

gepresst wurde. In unserem Weltbild waren Widersprüche, eben die Facettenhaftigkeit, sowohl auf unserer wie auch auf der Gegenseite ausgeblendet.« In den Diskussionen wurden »Fragen und Unsicherheiten« abgewehrt. Sie wurden notfalls mit »Totschlag-Argumenten« niedergehalten. (S. 110–122) Diese Einengung der Realitätswahrnehmung führte zu einer »zunehmenden Abstraktion«, die Mitglieder der RAF entfernten sich immer mehr von ihren eigenen Erfahrungen, die sie mit anderen Menschen hätten teilen können.

Ähnlich argumentiert Carlchristian von Braunmühl, ein Bruder des von der RAF ermordeten Gerold von Braunmühl. Er spricht von »diesem schrecklich einfachen Weltbild«, einem »Weltbild, in dem es nichts Ungewisses gibt. Alles ist darin klar durchschaut, Zweifel oder Fragen kommen nicht vor.« (S. 178f.) Er benennt das »geistige Mordwerkzeug der RAF: der leninistische Avantgarde-Dünkel ...«. Aus dem Avantgard-Dünkel resultiert die »mörderische Arroganz«, einem anderen Menschen das Leben nehmen zu dürfen. (S. 180/181)

Interessant ist an diesem Buch auch der Aufsatz von Annette Simon, die den 68er-Generationskonflikt aus östlicher Sicht beleuchtet. »Wir wollten immer artig sein«, formuliert sie als These für die dortige 68er Generation. Sie faßt den Aufstand von 1989 als nachgeholtes 68er Ereignis auf. »Die Ostler bewegten sich von 68 bis 89 von dem Versuch, sich in die Strukturen einzubringen zu immer mehr Ablehnung dieser Strukturen. Die Westler bewegten sich von Umsturzplänen zum Einlassen auf die BRD.« In der DDR sei es aus verschiedenen Gründen schwer gewesen, »wirklich erwachsen zu

werden«. (S. 56/57) Der Aufstand gegen die Elterngeneration beziehungsweise Machtelite wird hier als Zeichen von Erwachsenwerden verstanden.

Ebenfalls ganz auf die Auseinandersetzung mit der RAF ist das Buch von Oliver Tolmein ausgerichtet. Es ist vom 11. September 2001 beeinflusst, als die Türme des World Trade Center durch den Angriff islamischer Terroristen zerstört wurden und über 3000 Menschen den Tod fanden. Ursprünglich war dieses Buch als dritte Auflage von »Stammheim vergessen« geplant gewesen. Etwa zur Hälfte besteht es aus Nachdrucken von RAF-Texten. Verknüpfungspunkt beider Themen ist der Nahe Osten. »Dort hatten gerade in der Anfangsphase des bewaffneten Kampfes in der Bundesrepublik RAF-Mitglieder ihre Ausbildung erhalten, dorthin konnten sich Illegale flüchten ...« (S. 14) Der gemeinsame »Hauptfeind« ist der US-Imperialismus. Tolmein kritisiert die RAF, dass sie Nationalsozialismus und Zionismus gleichsetzte und die Vernichtung der Juden zu einem bloßen »Nebenwiderspruch« erklärte. Sein Fazit ist: »So gesehen stellte sich der internationalistische und antiimperialistische Kampf von vornherein auch als eine Fluchtbewegung vor den deutschen Verhältnissen dar, die nicht mehr daraufhin untersucht wurden, inwieweit sie sich grundsätzlich von der Situation in den lateinamerikanischen, asiatischen oder afrikanischen Staaten unterscheiden.« (S. 37 u. 41)

Dieser Gedanke wird auch auf die Neue Linke bzw. die 68er Generation insgesamt bezogen: das übergreifende Feindbild war »die als Besatzungsmacht empfundene USA«. Der Anti-Imperialismus der RAF habe einen »national-revo-

lutionären Unterton« gehabt. »Das könnte auch erklären, wieso die Linke heute, da Deutschland wieder zu einem weitgehend ungebrochenen nationalen Selbstbewußtsein findet, ... in Ermangelung eines zugkräftigen und gleichzeitig äußeren Feindbildes ihre Orientierung verloren und ihre (relative) Stärke eingebüßt hat.« (S. 46) Diese These halte ich für überspitzt, denn sie versucht, das widersprüchliche Phänomen 68 in ein eindimensionales Erklärungsschema zu pressen und immunisiert sich zudem gegen Einsichten, die aus der Psychologie des Unbewussten kommen, wie Wirth und Horst Eberhard Richter sie diskutierten.

Zutreffend finde ich Tolmeins Feststellung: »So unterschiedlich die Wege Deutschland 1977 und der USA 2001 sind, sie folgen doch einer gemeinsamen Logik: Die Anschläge werden genutzt, das eigene Staatswesen zu formieren, seine Einheit zu festigen.« (S. 76) Er fürchtet die »Umgestaltung des Rechtsstaates zum Maßnahmestaat«. (S. 105) Auf die Dialektik, die zwischen dem »Maßnahmestaat« und den terroristischen Einzelkämpfern besteht, ihr geradezu symbiotisches Aufeinanderbezogenheit, geht Tolmein leider sehr wenig ein. Aber genau das war es, was Birgit Hogefeld als schmerzhafteste und erst zuletzt vollzogene Einsicht formulierte: »Ich habe mich lange gegen den Gedanken gestraubt, daß dieser Staat, zumindest Sicherheits- und Justizapparat Gruppen wie die RAF braucht, um aus deren Bekämpfung für sich selber Sinn und Identität zu ziehen.« (Wirth, S. 225) Hier wird eine Nahtstelle im Verhältnis von Individuum und Gesellschaft sichtbar, die politisches Verhalten als Bewusstwerdungsprozess erscheinen läßt.

Gerd Koenen fehlt es an kritischer Selbstreflexion trotz seiner Forderung, man müsse den »eigenen Anteil« (S. 29) am politischen Geschehen während 1968 und danach sehen, der zu verstiegenen Vorstellungen über Revolution, einschließlich des bewaffneten Kampfes geführt habe. Schon gleich am Anfang seines Buches übernimmt er Habermas Thesen über die 68er Bewegung – vom Linksfaschismus und der Scheinrevolution –, um von dieser Position aus auf alles einzudreschen, was ihm selbst einst hoch und heilig war. Koenen, Mitbegründer der »neo-leninistischen Kaderpartei«, Kommunistischer Bund Westdeutschland = KBW, bezeichnet diesen Verein jetzt als »Schule des virtuellen Totalitarismus«. (S. 415) Die Einschränkung »virtuell« sollte besser weggelassen werden, denn Gruppen wie der KBW waren nicht virtuell, sondern tatsächlich totalitär. Die Zentrale verfügte beispielsweise »im Herbst 1974«, dass sämtliche 18 örtlichen Buchläden zu schließen seien. Das wurde »ohne vorangegangene Diskussion« verfügt. (S. 428)

Auch wenn Koenen heute »alles wie im richtigen Film« vorkommt, (S. 415), der KBW war Realität und er der Sekretär der Frankfurter Ortsleitung. Er war dabei, als ein »gespenstisches Scherbengericht über den Gen. E« abgehalten wurde und hat mit dafür gestimmt, dass dieser verdonnert wurde, in einem Betrieb zu arbeiten, weil er nicht genug für den KBW getan habe. Das Äußerste, was Koenen an selbstkritischer Reflexion zu diesem Ereignis einfällt, ist ein literarischer Vergleich, der der Entlastung im Nachhinein dient: »Wir ähnelten verzweifelt der ausgesetzten Schulkasse in William Goldings »Herr der Fliegen«.

(S. 439–441) Aber der KBW war kein Verein mörderisch erzogener englischer Oberklassenkinder, die auf einer Ozeaninsel gestrandet waren, sondern ein politischer Verein junger Erwachsener, die die Umkehr anti-autoritärer Kritik in totalitäre Sozialstrukturen durchaus selbst zu verantworten hatten. Mit Selbstbeschönigung wird auch das einstige Engagement für die Roten Khmer zu rechtgebogen. Zwar hätten sich die »KBWler« durch das »aktive Wegleugnen« des Völkermordes der Roten Khmer mit »schuldig gemacht. Aber im selben Frühjahr 1980, in dem wir noch 150.000 DM für die Roten Khmer gesammelt haben, richteten wir unsere Antennen schon auf das aus, was im östlichen Europa vor sich ging«, den Beginn von Glasnost. (S. 493) So wird die Unterstützung der Roten Khmer relativiert, indem sie mit einem anderen Engagement »gegengerechnet« wird; ein Fehler, ein Minus, wird durch die nächste gute Tat, etwas Positives, wieder aufgewogen. Das war und ist K-Gruppen-Logik. Schonungsvoll werden die einstigen KBW-Größen nur mit Initialen erwähnt, während alle anderen Akteure mit vollem Namen genannt und häufig mit ausgesuchten Schmähworten bedacht werden. (So besonders Krahl, Cohn-Bendit, KD Wolff, K. Theweleit.)

Mit der Phase von 1967–1977, auf die Koenen sich konzentriert, ist nicht zufällig die Vorphase der 68er-Bewegung ausgeblendet, in der das kritische Bewusstsein entstand. Koenens »Rotes Jahrzehnt« ist die Zeit der Ideologisierung und des Niedergangs dieser Bewegung. Alles was darin innovativ und kreativ war, haben die K-Gruppen im Säurebad ihrer totalitären Denk- und Verhaltensstruk-

turen aufzulösen versucht und Koenen ist diesem ätzenden Stil treu geblieben; unerbittlich wendet er überall »richtig-falsch«-Einteilungen an und wertet gnadenlos alles ab, was er für falsch hält.

Ein solches Buch ist als Quelle weitgehend unbrauchbar, schlimmer noch: durch die Brille des Verfassers erscheinen alle Informationen tendenziell verzerrt. Manches ist auch so verkürzt wiedergegeben, dass es ein schiefes Bild gibt, so das Ende des »Aktiven Streiks« an der Frankfurter Universität im Januar 1969 (Wintersemester) und der Boykott des Vordiploms der Soziologen im Juli 1969 (Sommersemester). Auch wird die Besetzung des Soziologischen Seminars in der Myliusstraße (Dezember 1968) nicht deutlich unterschieden von der einige Wochen später erfolgten Besetzung des Instituts für Sozialforschung (Januar 1969) in der Senckenberg Anlage. (S. 144) Koenens Behauptung, dass Marcuse den Begriff »Neue Linke« eingeführt habe, stimmt nicht, auch wenn Marcuse gern diesen von C.W. Mills geprägten Begriff benutzte. Ähnlich wie Langguth subsumiert Koenen Marcuse unter »Ideologie«, sogar »ultralinke Ideologie«. (S. 69) Im Gegensatz zu Langguth leugnet Koenen sogar den internationalen Charakter der 68er Bewegung. Das »Rote Jahrzehnt«, das in Koenens Biographie als »schwarzes Loch« klafft – erst 1982 verabschiedete er sich aus dieser »mythologischen Sonderwelt« des KBW (S. 16f.) – wird durch die mehr als 500 Seiten kaum verständlicher.

Überwiegend aus der Köln-Bonner Ecke stammen die Autoren des Buches »1968 – und dann?«, das Jochen Gester und Willi Hajek herausgegeben haben, die darüber nachdenken, wie alles anfang

und auch zu Ende ging. Die Aufsätze bilden ein ziemliches Sammelsurium. Einer der Autoren, Olaf Löning, bringt den Anfang recht schön auf den Begriff: »Also, losgegangen ist das bei mir wie bei Vielen: Mit der Auflehnung gegen die Eltern, ihre Saturiertheit, gegen die Unbarmherzigkeit der Gesellschaft gegenüber ihren schwächsten Mitgliedern, gegen die Verlogenheit.« (S. 95) Löning löste sich aus dieser Enge, vor allem von seiner Religiosität und der Kirche, indem er eine aktive Rolle im KBW einnahm. »Ich trat in das Leben eines Fabrikarbeiters ein – wurde Proletarier. Es war in erster Linie nicht der Wunsch, etwas für meine oder der Menschheit Emanzipation zu tun, der mich zu diesem Schritt brachte, sondern Gehorsam gemäß den »Anregungen« der KBW-Führung, die »Einsicht, daß es unseren Zielen dient«. Da wurden Familien getrennt, Erbschaften »gespendet«, Freundschaften sausen gelassen, Liebesbeziehungen zerstört. Eine Zeitlang habe ich mich mit großen Gefühlen als Bezirksleitungsmitglied betätigt und von Genossen solcherart »Einsichten« abverlangt.« Erschrecken über dieses Tun findet sich hier leider so wenig wie bei Koenen. Erst mit der Verabschiedung »vom absoluten Primat der Politik« konnte sich Löning von diesen Verhaltensweisen distanzieren, musste seine Anschauungen »nicht mehr ausschließlich der Auseinandersetzung um Richtig und Falsch« unterordnen. (S. 103–195) Wie die Aufsätze zeigen, gelang dies den Autoren in unterschiedlichem Maße.

Die Bücher von Rainer Baginski und Ulrike Heider sind Zeitzeugenberichte aus der Frankfurter Szene von hoher Qualität. Baginski lässt die hedonisti-

schen Elemente der 60er Jahre aufleuchten, Ulrike Heider zeigt die dunklen Seiten der 70er Jahre. Baginski ist – wie ich auch – bereits Ende 68 »ausgestiegen«. Ulrike Heider ist erst 67 dazu gekommen, hat die 68er Revolte mehr von ihrer Auflösungsperiode erlebt. Beide Bücher lassen eine große Identifikation mit der damaligen Zeit erkennen, die unwiderkürlich die persönliche Identität geformt hat. Die Faszination an Baginskis Erinnerungen für mich ist, dass er sich des Zufälligen im Leben bewusst ist – er bezeichnet sich wiederholt als »Koinzidenzensammler« –, dieses Zufällige jedoch oft als Wink des Schicksals versteht, das sein Leben bereichert oder auch in neue Bahnen lenkt. In seiner Offenheit für das Zufällige offenbart sich auch sein ausgeprägter Sinn für Komik. Paradigmatisch dafür ist sein Weg zur Linken, zum SDS. Sein Weg führte über Adorno.

Im Sommer 1960 hatte Baginski sein drittes Semester Germanistik und Kunstgeschichte absolviert, fühlte sich an der Universität jedoch weitgehend »ausgeschlossen«. »Mein Studium verläuft unfruchtbar. Ich weiß noch nicht einmal, wie man Bücher aus der Universitätsbibliothek bezieht, und ich wage auch nicht, jemanden danach zu fragen. Ich besuche zwar Vorlesungen, aber die Seminare meide ich. Es könnte ja passieren, daß mir eine Frage gestellt wird. ... Es ist das Jahr meiner größten Isolation. Ich komme mir vor, als liefe ich mit einem Glaskäfig über dem Kopf durch die Welt.« (Baginski, S. 195) Irgendwann beschließt er, die Pflichtvorlesung des Germanisten Kunz zu besuchen, kommt zu spät und merkt zu spät, dass er sich im Hörsaal geirrt hat. »Ich bin eine Etage zu weit geklettert. Macht nichts, ich

kann ja wieder hinausgehen. Macht doch etwas, ich traue mich nicht, es wäre mir tödlich peinlich.« Also bleibt er, beobachtet den ihm unbekannten Professor, der »unentwegt in melodisch fließendem, leicht affektiertem Ton spricht« und offenbar dafür sein Manuskript nicht braucht. »Ich verstehe kein Wort. ... Das Komische ist freilich, daß es mich trotzdem festhält, geradezu bannt. ... Es ist das erste Mal seit vielen Jahren, daß ich etwas nicht verstehe, aber verstehen möchte. ... Jedenfalls höre ich mit gespannter Aufmerksamkeit zu. Später wird mir auffallen, daß ich mich zu dieser Aufmerksamkeit nicht zwingen mußte, daß mir dieses Zuhören überhaupt keine Disziplinierung, keine Energie so wie sonst gekostet hat.« (Baginski, S.196/197) Besser kann die Wirkung von Adorno auf diejenigen, die ohne feste Vorstellungen auf die Universität kamen, die offen waren für neue Erfahrungen, nicht beschrieben werden.

Auch wenn es manche Längen in Baginskis Buch gibt, so ist doch die Übermittlung des Lebensgefühls, das '68 vorbereitete, an einigen Stellen unübertrefflich. Nachdem er zur Soziologie übergewechselt hatte, war es zum SDS, dem gerade von der SPD abgespaltenen Sozialistischen Studentenbund, nicht mehr weit. November 1961 wurde er »unter dem Beifall der Anwesenden« Mitglied. »Die Atmosphäre erscheint mir konspirativ, andererseits aber auch wieder ganz freimütig, von einer ungewöhnlichen Offenheit geprägt.« (Baginski, S. 290) Es sei das »erste und einzige Mal« in seinem Leben gewesen, dass er sich »aus eigenem Antrieb und völlig freiwillig« einer Gruppe angeschlossen und über mehrere Jahre aktiv darin gearbeitet habe. Dass

er damit »ein intellektuelles, auch ein menschliches Zuhause« gefunden hatte, bezeichnet er als »den rettenden Wendepunkt in meinem Leben«. (Baginski, S. 292)

Diesen SDS gab es kaum mehr, als Ulrike Heider 1967 anfang zu studieren. Bewusster als Baginski suchte sie über die Neue Linke aus der Enge ihres Elternhauses auszubrechen. Sie hat den Geist der Freiheit und des Aufbruchs gesucht und ist in eine gefährliche Nähe zu Verwahrlosung und Gewalttätigkeit gerutscht. Wie Baginski hat sie eine Scheu, sich Gruppen anzuschließen, geriet aber nach 68 in die Zeit des schlimmsten Gruppenrigorismus. Hart ist ihr Urteil über den »Spontaneismus«, der Mitte der 70er Jahre in Frankfurt en vogue war, nachdem die K-Gruppen allmählich abgewirtschaftet, der »Revolutionäre Kampf« an Schwung verloren und der »Häuserkampf« an Einfluss gewonnen hatte: »Vieles konnte nun gerechtfertigt werden, wenn man es nur spontan nannte. Gewaltausbrüche, gebrochene Versprechen, Rausschmisse aus Wohngemeinschaften, Verantwortungslosigkeit in Liebesbeziehungen, verratene Freundschaften und unsoziales Verhalten im Alltag. Kritik am Spontaneismus zu üben, fiel mir schwer, weil ich mich noch immer als Anarchistin verstand.« (S. 202) Sie gehörte zu den Hausbesetzern und erlebte dabei Dinge, die jedem Grundsatz von Selbstorganisation, Demokratie oder Solidarität spotteten.

Das Haus Schubertstr. 27 am Beethovenplatz war im Juli 1972 von »Rklern«, d.h. Angehörigen des »Revolutionären Kampfes«, besetzt worden. Es wohnten aber auch sogenannte Spontis darin. »Wer in der Schubertstraße 27 allein an einem

Projekt arbeitete, zum Studieren oder Schlafen in seinem Zimmer ungestört sein wollte oder auch nur die Toilette hinter sich abschloß, war kein rechter Spontis. ... Langfristiges Planen und überlegtes Organisieren galt als bürgerlich. Für Superspontis wie die aus unserem zweiten Stock war jeder ein »Scheißbürger«, der irgendetwas, und sei es auch nur das nächste Abendessen, plante, statt mit einsetzendem Hunger spontan zu entscheiden, wo und was er essen wolle. Mehr und mehr in Verruf kamen auch alle, die sich an Wissen und Erfahrungen statt an Gefühlen, spontanen Regungen und der Unmittelbarkeit des Augenblicks orientierten.« (S. 201) Diese Superspontis warfen eines Tages die Familie des »Rklers« heraus, der das Haus besetzt hatte. Er galt den Spontis als »reicher Jude«. (S. 238) Mit diesen Regressionen sozialen Verhaltens ist offenbar ein aggressiver Antisemitismus entstanden – auch bei Linken.

Hart, aber zutreffend ist nicht nur Ulrike Heiders Urteil über diese Art von Spontaneismus, sondern hart ist sie auch oft mit sich selbst gewesen. Sie hat keinen faulen Frieden schließen wollen, wenn es um den Verrat an den ursprünglichen Zielen ging, und das war bei ihr immer ein starker Freiheitswunsch. Zwanzig Jahre nach 68 hat sie Deutschland verlassen, ist halb in New York heimisch geworden, hat auch dort die typischen Mischungen von links und auslinken, Anarchismus und Verwahrlosung erlebt. Ihr Buch ist als historische Quelle für das Verständnis der Frankfurter Nach-68er-Szene sehr gut zu gebrauchen. Ihre von Eitelkeit freie Darstellung vermittelt äußerst wichtige, wenn auch bittere Einsichten in die Problematik von radikaler Entgrenzung, die mit

sozialen Bewegungen einher gehen kann, die eigentlich auf Emanzipation und Befreiung zielen.

Ute Kätzel versucht mit ihrem Buch die Lücke schließen, dass der »Anteil der Frauen« an der 68er Bewegung in der Geschichtsschreibung »meistens verschwiegen« wird oder die Frauen bestenfalls in Nebenrollen auftauchen. Sie hat 14 Frauen interviewt, wobei es sich ausschließlich um Berlinerinnen handelt. Insofern ist der Titel »die« 68erinnen nicht ganz zutreffend. Unter den Interviewten sind so bekannte Frauen wie Helke Sander, die den »Aktionsrat zur Befreiung der Frauen« gründete, ebenso wie ihre Gegenspielerin, Frigga Haug, die den Aktionsrat zu einem sozialistischen Schulungskurs umfunktionieren wollte. Mit Erika Berthold ist sogar eine Frau dabei, die diese 68er Zeit in der DDR beschreibt. Flugblätter herstellen und verteilen duldete die Stasi nicht. Einer Haftstrafe von knapp zwei Jahren entging Erika Berthold nur, weil die Staatsführung fürchtete, dass ihre Verurteilung im Westen Wirbel machen könnte. Da die Mauer jedoch kleine Löcher hatte, kamen 68er Flugblätter und Broschüren, sogar leibhaftige Kommunarden selbst, nach Ostberlin. So kamen auch in Ostberlin Kommune-Ideen auf. (S. 225–229)

Die Lebensläufe der interviewten Frauen sind bunt und abwechslungsreich, oft von viel Leid und einem unglaublichen Durchstehvermögen gekennzeichnet. Diese Frauen verstanden sich oft nicht als »politisch«, dennoch haben sie tiefgreifend die gesellschaftliche Realität verändern können: Sie haben die Ehebeziehungen, die Kindererziehung, die Wohnformen, überhaupt den Alltag verändert – revolutioniert.

Im Gegensatz zum männlich bestimmten Politikverständnis sind die politischen Beschreibungen dieser Frauen eher an der konkreten Lebenserfahrung orientiert. Ausnahme davon waren Susanne Schunter-Kleemann, Annette Schwarzenau und Frigga Haug, die ihre Lebensentwürfe sehr weitgehend am »Primat der Politik« orientierten und damit eher männlichen Verhaltensweisen nahe kamen.

Kätzels kurz gehaltenes Vorwort betont die »Rebellion gegen Autoritäten als ein allgemeines Ziel der Bewegung«, das sich besonders die Frauen zu Eigen gemacht hätten. Zudem habe sich allmählich ein Bewusstsein durchgesetzt, dass »Frauen gegen zusätzliche Autoritätsstrukturen und Hierarchien« anzukämpfen hatten. (S. 16) Dem kann ich aus meiner Erfahrung nur zustimmen.

Wenn man alle Bücher insgesamt resümieren möchte, so bleibt auffällig für mich, wie schwer es nach wie vor fällt, die entsetzliche Umkehr des kritischen antiautoritären Aufbegehrens in die totalitären Denk- und Verhaltensstrukturen der K-Gruppen wie auch der RAF wirklich zu verstehen. Wenn Langguth darauf hinweist, dass Anfänge dieses Umschlags bereits in den Reden und schriftlichen Notizen von Rudi Dutschke zu erkennen sind, hat er sicher recht. Nur hat er keine sinnvolle Erklärung für diesen unheimlichen Umschlag. Diejenigen, die selbst von dieser »K-Gruppen-Krankheit« befallen waren, scheinen unfähig zu beschreiben, was in ihnen vorging, als sie den Wandel vollzogen, wenn sie nicht gar wie Koenen, noch im Nachhinein die Konsequenzen davon zu bagatellisieren und herunter zu reden versuchen. Am einsichtsvollsten scheinen

mir die Erkenntnisse von Birgit Hogefeld, die das Schwarz-Weiß-Denken, die Ausrichtung auf ein Feindbild und damit Einengung der Realitätswahrnehmung als entscheidende Schritte auf diesem Weg bezeichnete. Auf jeden Fall wird noch einiges an Forschungen geleistet werden müssen, bevor der Mythos 68 besser verstanden wird.

Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento, XXVII/2001: Plans and implementation of ethnic homogenisation and ethnic resettlement policies by Germany and by the other Axis powers during World War II, Bologna: 2001. S. 419–632

DER Tagungsband spannt, unter einem barocken Titel, als Teildruck des Jahrbuchs des Trienter Instituts, acht Beiträge unterschiedlichen Gewichts zusammen. Ihr Schwerpunkt liegt, der Realhistorie angemessen, bei der deutschen Dimension, abgearbeitet von jüngeren deutschen Historikern in nationalkritischer Selbstaufklärung. Nur gestreift bleibt die meist unterschätzte Bedeutung des Ersten Weltkrieges als Präzedenzfall oder Vorstufe zu Vielem im Zweiten Weltkrieg.

Zwar fehlen übergreifende Perspektiven. Aber schon der Untertitel zu Ingo Haars Fallstudie (»Experten – Ordnungsmodelle – Expertisen«) hat es in sich: »Genesis der Endlösung aus dem Geiste der Wissenschaft« schlägt schmerzhaft Dissonanzen an: »Genesis«, mythisch-religiöser Anfang unserer Welt, reibt sich

hart an »Endlösung«, Codewort für deutschen Judenmord (besser statt »Judenvernichtung«), assoziiert Apokalypse und das im englisch-amerikanischen Bewusstsein präsentere »Armageddon«, im Geiste scheinbar aufgeklärter »Wissenschaft«.

Im Anfang schuf deutsche »kämpfende Wissenschaft«, gerade auch mit Historikern der damals jüngeren Generation, die Konzeption einer ethnischen Säuberung als »Neuordnung Europas« durch das Deutsche Reich im ethnisch gemischten »Zwischeneuropa«, zwischen Deutschen/Italienern im Westen und Russen/Türken im Osten. Führend war die »deutsche Ostforschung« unter Hermann Aubin (Breslau) und Hans Rothfels (Königsberg) samt Schülern, die nach 1945 die Anfänge der bundesdeutschen Geschichtsschreibung nachhaltig prägten. Mögen die akademischen Vordenker später nachträglich noch so vor dem mörderischen Endergebnis zurückgeprallt sein, objektiv ebneten sie Massakern und Völkermord zumindest gedanklich den Weg.

Scheinbar nur regionaler Ausschnitt, aber voll großdeutscher Brisanz, war die »Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft Wien«, die mehr leistete als nur »Politische Beratung in der NS-Volkstumspolitik« (Michael Fahlbusch). Auch hier galt die Erforschung räumlich weitverstreuter deutscher Minderheitsinseln als Ansatz, um die herum nichtdeutsche »Kleinvölker« unter deutscher Herrschaft zu gruppieren waren – Juden stets ausgeschlossen. In der Praxis arbeiteten die Wissenschaftler eng mit der SS zusammen, so 1944 zur Sicherstellung (= Plünderung) »erheblicher Materialfunde in den badoglio-italienischen und polnischen Dienststellen Budapests«, dort auch in »jüdischen Buchhandlungen«, samt

Bücherverbrennungen – fast 450.000 Bücher (S. 489f.). Als neudeutsches Kontinuitätselement ragte Otto Brunner heraus, 1940 zweiter Leiter der Wiener Forschungsgemeinschaft: Seine Unterschrift als Rektor der Universität Hamburg prangt auf der Promotionsurkunde des Rezensenten.

Konsequente Exekution deutscher ethnischer Säuberung lieferte die SS mit noch ausgreifenderen Zielen, die nur die deutsche Endniederlage vereitelte (Isabel Heinemann: »Towards an »Ethnic Reconstruction« of Occupied Europe. SS Plans and Racial Policies«). Der Krieg gegen die Sowjetunion eröffnete scheinbar neuen »Lebensraum«. Gegenüber einem Plan des SS-Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) vom November 1941 nimmt sich der bekanntere »Generalplan Ost« von 1942 noch gemäßigt aus. Himmlers »deutscher Osten« reichte bis zum Ural als »Pflanzstätte deutschen Blutes«, damit es in 400–500 Jahren 500–600 Millionen Deutsche gäbe, statt damals (angeblich) 120 (S. 507). Millionen »unerwünschter« Slawen drohte nur die Alternative, sie »an Ort und Stelle zu verschrotten« (Rosenberg-Ministerium) oder sie, samt nichtdeutschen Balten, nach Westsibirien abzuschieben (S. 504f.).

Mehr als nur Marginalie ist das Los der, mehr oder weniger unter *deutschem* Zwang, »heim ins Reich« umgesiedelten deutschen Minderheiten, von Estland bis zur Dobrudscha, teilweise zur Germanisierung annektierter Gebiete Polens angesetzt (Rainer Schulze: »Forgotten Victims or Beneficiaries of Plunder and Genocide? The Mass Resettlement of Ethnic Germans »heim ins Reich«). Meist fanden die circa 541.000 Umsiedler (S. 563) so miserable Lebensbedingungen vor, dass sie

weniger Nutznießer als zynisch missbrauchte Opfer der »NS-Volkstumspolitik« waren.

Piotr Madajczyk konzentriert sich auf den »Generalplan Ost und die Aussiedlung der Polen« aus »eingegliederten« (= annektierten) wie »angegliederten« Teilen Polens (Generalgouvernement), benennt eingangs aber auch die sowjetische Dimension – Deportation von über 300.000 Personen aus »von der Sowjetunion annektierten polnischen Gebieten« und über 900.000, »die ihre Heimatorte verlassen mussten« (Verhaftungen, Zwangsmobilisierung in die sowjetische Armee usw. S. 519). Für Abfolge und schwankende Intensität der Deportationen, teilweise auch von der Wehrmacht gewünscht, unterscheidet der Autor nuancierend zwischen Planung und Realität: Im Endeffekt wurden 1,65 Mio. Polen »umgesiedelt«, im »Wartheland« 15 Prozent der »polnischen Vorbevölkerung« (S. 532). Wichtigster Faktor, der Deportation bremste, ähnlich beim Schicksal der Juden, das der Autor immer wieder einflicht, war das Interesse an Arbeitskräften für die deutsche Kriegsmaschine. Aus dem selbstgeschaffenen Dilemma fanden die NS-Machthaber unterschiedliche (»End«)Lösungen für Juden und Polen, zuzüglich jeweils drei Millionen in Polen Ermordeter.

Im Vergleich zum kriminellen Hin- und Herschieben von Millionen Menschen durch die »NS-Volkstumspolitik« erscheinen die anderen Achsenmächte als wahre Waisenknaben: Der italienische Beitrag (Pasquale Iuso: »Il fascismo e la politica di snazionalizzazione nei Balcani negli anni Trenta: il caso croata«) vermeldet nur Italiens Destabilisierung des lästigen Jugoslawien durch den Ustaša-Se-

paratismus/Nationalismus und – Terrorismus – geheime Finanzierung, Waffenlieferungen, Attentate, kulminierend im politischen Doppelmord am jugoslawischen König Alexander und französischen Außenminister Barthou in Marseille 1934. Insgesamt leitete weniger eine systematische Strategie als ein Bündel diffuser Ressentiments und Mythen (»vittoria mutilata, mito adriatico [= lago italiano], slavofobie, cattolicesmo«, S. 577, 583). Aber (hier nichtbehandelte) kroatische Massaker an Serben im Zweiten Weltkrieg fallen unter zumindest indirekte Verantwortung der beiden Achsenmächte, erst Italiens als langfristiger Geburtshelfer und anfänglicher Besatzungsmacht des Ustaša-Staates, 1943–45 NS-Deutschlands als Besatzungs- und Schutzmacht.

Dagegen entpuppen sich weniger bekannte Umsiedlungen in und aus Bulgarien, Rumänien als relativ zivilisierte Variante ethnischer Säuberungen – geregelt, mehr oder weniger freiwillig, ohne Zwangsdeportationen oder gar Massaker (Viorel Achim: »The Romanian Population Exchange Project Elaborated by Sabin Maniula in October 1941«) und Ungarn (Tamas Stark: »Population Movements in Hungary during the War Years«). Präzedenzfall wurde, als sanftere Fortsetzung des Friedens von Lausanne 1923, ein rumänisch-türkisches Abkommen von 1936, das bis zum April 1941 die *freiwillige* Aussiedlung von 70.000 Türken aus Rumänien ermöglichte (S. 605). Im Krieg selbst machte den Anfang der Austausch von ca. 61.000 Bulgaren aus der Nord-Dobrudscha und 100.000 Rumänen aus der Süd-Dobrudscha im September 1940. Es folgten Deutsche aus der Süd-Bokuvina

(52.400) und der Dobrudscha (14.000) »heim ins Reich« nach einem deutsch-rumänischen Vertrag vom 22.10.1940, ca. 16.500 Ungarn aus der Bukovina und Beßarabien vom Herbst 1940 bis Oktober 1941.

Gegen diesen Hintergrund schlug die Denkschrift des Chefs des rumänischen Statistischen Amtes, Sabin Maniula, für Marschall Antonescu vom 15.10.1941 einen *freiwilligen* Bevölkerungstausch vor – fast 3,6 Mio. Minderheiten (Ungarn, Deutsche, Russen, Ukrainer, Polen, Tschechen, Juden) aus Rumänien gegen 1,6 Mio. Rumänen aus benachbarten Ländern. Verbleibende Minderheiten in Rumänien wären von 28,1 Prozent auf 9,1 Prozent zurückgegangen (S. 606). Es blieb beim Projekt.

Ungarn, bis 1944 noch mit einem parlamentarischen System, lehnte staatlich verordnete ethnischen Säuberungen ab, lieferte aber, auf deutschen Druck, seine 800.000 Juden zur Ermordung in Auschwitz aus. Zuvor hatte der 2. Wiener Schiedsspruch 1940 spontane Migrationen in beide Richtungen ausgelöst, kanalisiert von einem bilateralen Abkommen: 190.000 Ungarn verließen Süd-Transsylvanien, das bei Rumänien blieb, 200.000 Rumänen verließen Nord-Transsylvanien, das vorübergehend an Ungarn fiel (S. 629). Etwa zur selben Zeit eröffnete die CSR-Exilregierung Benes in London ihre Kampagne zur rigorosen Ausweisung der Deutschen (vor allem aus dem »Sudetenland«) und Ungarn (aus dem Süden der Slowakei, S. 621).

Immanuel Geiss

Helmut Maier (Hg.), Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften, Göttingen: Wallstein-Verlag 2002. (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 3) 396 Seiten, 29,00 €

Rüstungsforschung ist »weit mehr als lediglich die wissenschaftliche Anstrengung zur Entwicklung und Optimierung militärisch nutzbarer Rüstungsgüter oder neuer Waffensysteme.« Vielmehr sei »die gesamte naturwissenschaftlich-technologische Forschung, die der Errichtung eines autarken Wehrstaates diene«, der Rüstungsforschung zu subsumieren. Dies heißt auch, dass es kaum einen Wissenschaftsbereich gab, der sich diesem Sog des NS-Systems entziehen konnte; »reine Wissenschaft« war und ist ein Mythos. Dass diese Definition des Begriffes »Rüstungswissenschaft« und »Rüstungsforschung« durch Helmut Maier, des Herausgebers des hier anzuzeigenden Bandes, tragfähig ist und zur Grundlage künftiger Arbeiten über das Verhältnis von Wissenschaft und NS-Regime gemacht werden muss, zeigen die in dem Band versammelten Beiträge eindrucksvoll: Ulrich Marsch skizziert für die Syntheseindustrie, dass das Autarkiekonzept als spezifische Variante des deutschen wissenschaftlichen Innovationssystems sehr viel älter ist, als die gängigen Arbeiten zur Wissenschaftsgeschichte vermuten lassen, und sich als Teil einer militärischen und ebenso kommerziellen Strategie bis weit in die Zeit vor 1914 zurückverfolgen lässt. Die nationalsozialistische Autarkie-

politik samt ihren (in der Terminologie der modernen Volkswirtschaft formuliert:) »Überinvestitionen mit Fehlallokationen von Ressourcen« konnte an diese Tradition bruchlos anknüpfen. Die Wissenschaftseliten, namentlich die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft »als bedeutende wegweisende und vor allem chemisch ausgerichtete Gesellschaft« waren nicht allein ein »integraler Bestandteil [dieses] deutschen Innovationssystems«; sie ebneten »den ideologischen Weg einer Ersatzwirtschaft« überhaupt erst, indem sie jener mit bahnbrechenden Erfindungen die materielle Basis verschaffte. Rolf-Dieter Müller thematisiert die Kontinuitäten der deutschen Rüstungsforschung und skizziert u. a., wie das Heereswaffenamt seit 1925 geheime Projekte an den Hochschulen, in der Industrie und den Kaiser-Wilhelm-Instituten förderte. Folgt man Müller, konnte sich der militärische Primat in der Rüstungsforschung bis 1945 allerdings nicht gänzlich durchsetzen. Allen Bemühungen zum Trotz unterblieb zudem im Zweiten Weltkrieg eine Vereinheitlichung der militärischen Rüstungsforschung. Einem Aufsatz von Ruth Federspiel über die systematische, zentrale Erfassung aller Rüstungsforscher zwecks forcierter Förderung kriegstechnologisch entscheidender Innovationen seit 1943, folgen Beiträge von Burghard Weiss über die lange Tradition der Rüstungsforschung der AEG und von Andreas Zilt über das zentrale (Rüstungs-) Forschungsinstitut der Vereinigten Stahlwerke. Anne Sudrow schildert auf Basis bedrückender Berichte von Augenzeugen am Beispiel der bekannten »Schuhprüfstrecke« in Sachsenhausen, in welcher menschenverachtender Weise sich die Rüstungswissenschaft der KZ-Häftlinge

bediente, um – in diesem Falle – die Haltbarkeit von Ersatzstoffen für die Massenproduktion von Schuhen zu testen. Kai Handel skizziert, wie es der interdisziplinären »Arbeitsgemeinschaft Rotterdam« gelang, nach Auswertung des Radargerätes eines an der niederländischen Küste abgeschossenen englischen Bombers den deutschen Rückstand in der Radartechnik wenigstens teilweise aufzuholen. Dieter Hoffmann thematisiert am Beispiel der Deutschen Physikalischen Gesellschaft das »Dilemma der Selbstmobilisierung«, die nach 1945 in einer »Allianz des Beschweigens und der Verharmlosung« verdrängt wurde. Wie aus der Not fehlender einheimischer Rohstoffe nicht eine Tugend erwuchs, sondern eine Ideologie, nämlich die Ideologie der »deutschen Metalle« gebastelt wurde, schildert Helmut Maier. Die am Kaiser-Wilhelm-Institut für (Nicht-Eisen-)Metallforschung konzentrierte Wissenschaftselite belächelte zwar das ideologische Brimborium um die vermeintlich nationalen Werkstoffe, tat jedoch seinerseits alles, um die angeblich typisch deutschen Metalle Magnesium, Zink und Aluminium zu aushärtbaren und damit tauglichen Fliegstoffen zu entwickeln, die das Mangelmetall Kupfer zu ersetzen versprachen. Unter den ohne Ausnahme höchst lesenswerte Beiträgen ragt der von Moritz Epple verfasste Beitrag heraus. Ihm gelingt es exemplarisch für den Bereich der Strömungsforschung nachzuweisen, wie sehr die Interessen von Wissenschaften, militärtechnologischer Entwicklung und Rüstungspolitik konvergierten. Die Trennung in Grundlagenforschung und angewandte Forschung ist – folgt man Epple – ein Konstrukt, das nach 1945 apologetisch extensiv genutzt wurde. Am

Beispiel der Strömungsforschung zeigt Eppler, mit welcher »Leichtigkeit« sich (nicht nur) 1933 bis 1945 die »sog. Grundlagenforschung hin zur Entwicklung fundamentaler apparativer und epistemischer [meßwissenschaftlicher] Verfahren, für die militärtechnologischer Bedarf bestand, verschieben ließ«. Der Sündenfall, den die Wissenschaften unter dem Nationalsozialismus erlebten, ist keineswegs allein Resultat individuellen Versagens. Es »fehlen strukturelle Elemente, die eine Beteiligung an diesem Regime hätten verhindern können«. Die »Ungelöstheit dieses politisch-moralischen Problems? kann, so Eppler, »in jedem technologisch geführten Krieg erneut fatale Folgen haben«. Ganz ähnlich konstatiert Maier bereits in der Einleitung, dass es eine unschuldige »freie Grundlagenforschung«, die sich dem NS-Regime entzog, nicht gegeben hat. Es konnte sie auch nicht geben, da die Zerteilung in Grundlagen- und angewandte Forschung die zahlreichen Graufelder ausspart und die Wechselbeziehungen zwischen beiden ausklammert. Dieser Tatbestand, aber auch die unmittelbare »Kriegsrelevanz« vieler der als »Grundlagenforschung« apostrophierten Projekte fungierten nach 1945 als »Entlastungsgrund ersten Ranges« (Maier) gegenüber eine Öffentlichkeit, die die strukturelle Verflechtung zwischen Politik und Wirtschaft nicht durchschaute oder nicht erkennen wollte.

So ganz nebenbei destruiert namentlich Helmut Maier in seiner Einleitung weitere Mythen der Wissenschaftsgeschichte des Dritten Reiches: Abgesehen davon, dass bereits während der Weimarer Republik (und vorher) eine Art wissenschaftspolitische »Polykratie« existiert

hat, die der Produktivität der Wissenschaftseliten keineswegs im Wege stehen musste, war das »Fehlen einer zentral gesteuerten Forschungsführung für die Rüstungsforschung« 1933 bis 1945 keineswegs in jedem Fall kontraproduktiv. »Auch ohne ein starkes Wissenschaftsministerium«, konstatiert Maier lakonisch, sei es schon bald nach der »Machtergreifung« erfolgreich zur »sukzessiven Ausrichtung der drei großen Säulen der Rüstungsforschung gekommen«. Der »starke Widerspruch zwischen den zahllosen rüstungstechnischen Innovationen« und der vielleicht nur vermeintlichen »Schwäche nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik und Forschungsplanung« ist (so Maier) bisher jedenfalls noch nicht aufgelöst; letztere muss überhaupt erst einmal systematisch ausgeleuchtet werden.

»Konkurrenz belebt das Geschäft«: Dieses Postulat der heutigen Wirtschaftsliberalen besitzt auch für das Dritte Reich Gültigkeit. Nicht zuletzt Rivalität und Doppelarbeit erklären die ungemeine Dynamik und die beträchtlichen Erfolge der NS-Rüstungsforschung (zumal die Konkurrenz im NS teilweise gesteuert war und unproduktive Reibungsverluste durch den Reichsforschungsrat 1937 bzw. 1942 sowie weitere, informelle Koordinationen minimiert werden konnte). Die Konkurrenz wissenschaftlicher Arbeitsgruppen sei – so relativiert Maier die These vom vorgeblich wissenschaftspolitischen Chaos im NS – »ein das Wissenschaftssystem des 20. Jahrhunderts fundamental konstituierendes Element« gewesen, das auch im Dritten Reich spätestens seit 1936 beträchtliche Erfolge gezeigt habe. Ihr sei es wesentlich zu verdanken, »dass bis 1945 ein außerordent-

licher Bestand an rüstungstechnologischen Innovationen geschaffen wurde«. Entstanden ist der vorliegende Band – ein Muss für alle Wissenschaftshistoriker, die über das Dritte Reich arbeiten wollen – im Rahmen der Forschungen der Präsidentenkommission der Max-Planck-Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reiches; die dort zusammengeführten Beiträge zeigen eindrucksvoll, wie sehr die Nachfolgeorganisation der vormaligen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft um Aufklärung der düsteren Kapitel ihrer Vergangenheit bemüht ist.

Rüdiger Hachtmann

Michael Pittwald, Ernst Niekisch. Völkischer Sozialismus, nationale Revolution, deutsches Endimperium, Köln: PapyRossa Verlag 2002. 335 Seiten, 20,50 €

»GUTEN Aufsatz von Niekisch gelesen. Den Mann müssen wir uns eigentlich kaufen. Ich werde mich einmal dahinter klemmen«, notierte Goebbels am 18. Januar 1930 in sein Tagebuch (Pittwald, S. 269, Anm. 151). Fast sechzig Jahre später schrieb der Publizist Sebastian Haffner angesichts des Anschlusses der DDR an die BRD in der nationalrevolutionären Zeitschrift »Wir Selbst« (Nov./Dez. Ausgabe 1989): »Es ist viel Zukunft in diesem Werk ... der wahre Theoretiker der Weltrevolution, die heute im Gange ist, ist nicht Marx und nicht einmal Lenin. Es ist Niekisch« (S. 36). Wer war dieser 1889 in Trebnitz

geborene Volksschullehrer, Schriftsteller und Politiker, der 1967 in West-Berlin verstarb? Ein hochgeachteter Mann zwischen den Fronten, der nach seinem Tode als »Nationalrevolutionär« für die »Neue Rechte« eine orientierende Bedeutung gewann, jedoch wegen seiner Beteiligung an der bayerischen Räterepublik, seiner Mitgliedschaft in der SPD, USPD, KPD und SED, vor allem aber wegen der Gegnerschaft zu Hitler und der Mitwirkung am Aufbau der DDR für viele auch heute noch als Linker gilt?

Das ist Ernst Niekisch nach der an der Universität Osnabrück angenommenen und im PapyRossa-Verlag veröffentlichten Dissertation von Michael Pittwald nie gewesen. Für Pittwald ist Niekisch ein extremer Verfechter national-sozialistischen Denkens und Handelns. Dass Niekisch sich aber »bei seiner Konzeption der Synthese von Nationalismus und Sozialismus durchaus auch auf Entwicklungen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung berufen bzw. stützen konnte,« (S. 30) ist Gegenstand von Pittwalds Untersuchung. Minutiös und materialreich dokumentiert er seine zentrale These, dass die nationalrevolutionäre Konzeption von Niekisch in einer sich aus dem deutschen Idealismus herleitenden politisch-ideologischen Tradition innerhalb der Arbeiterbewegung liege. In den beiden letzten Kapiteln werden die völkischen Denktraditionen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung einer genaueren Betrachtung unterzogen – und zwar am Beispiel des Verhältnisses von Arbeiterbewegung und Nation im Werk des Gründungsheiligen der Sozialisten Ferdinand Lassalle (S. 191–211) und des Einflusses vom »rationalen Idealisten« Johann Gottfried

Fichte auf die politische Ausrichtung der sich konstituierenden Arbeiterklasse (S. 212–237). »All dies erfuhr«, so Pittwald, »in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts mit Ernst Niekisch' Widerstandsideologie ihren paranoiden Höhepunkt« (S. 238). Diese von Niekisch als Gegenkonzept zur Französischen Revolution entwickelte Widerstandsideologie steht im Mittelpunkt der Untersuchung von Pittwald (Kapitel III, S. 99–190). Sie wird als eine spezifisch nationale Mythologie vorgestellt, die mit einem sozialistischen Anspruch auftrat und in den 1915 von dem der Sozialdemokratie nahestehenden Nationalökonom Johann Plenge formulierten »Ideen von 1914« ihre zeitgenössischen Grundlagen fand. Auch der schwedische Geopolitiker und Weltmachttheoretiker Rudolf Kjellen plädierte unter Bezug auf Werner Sombarts »Händler und Helden« für die neuen Werte von 1914: »Pflicht, Ordnung, Gerechtigkeit«. Von Plenge, dem Doktorvater des späteren SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, übernahm Niekisch die Verbindung der »Ideen von 1914« mit dem Begriff des Sozialismus: die »Volks-genossenschaft des nationalen Sozialismus«. Im Kampf gegen den Westen, gegen Versailles und das von den Siegerstaaten oktroyierte bürgerlich-parlamentarische System, hatte sich die deutsche Arbeiterschaft zu bewähren und ihren Beitrag zur »nationalen Wiedergeburt Deutschlands« – notfalls im Bündnis mit der Sowjetunion – zu leisten. Nationale Befreiung im Sinne von Niekisch bedeutet zugleich Expansion, also Weltherrschaft Deutschlands. Dabei greift der Nationalrevolutionär auf den Begriff »Mitteleuropa« zurück. Die Konzeption des »proletarischen Nationalismus« wird

geschickt mit dem aggressiven Expansionskonzept Europa verknüpft und als Vorstufe eines deutsch dominierten Weltreiches interpretiert, als ein »Endimperium«, wie Niekisch es nennt. »Ausdruck des Deutschtums«, so Pittwald in seiner Schlussbetrachtung, »ist für ihn eine über Blut und Kultur definierte und bis zum Übermaß ausformulierte antiwestliche Haltung, die sich letztlich aus seinem Antisemitismus speist, und ein ungezügelter Militarismus, der sich in Forderungen nach einem wehrhaften Staat, einem Staat als Feldlager, nach Krieg, Aufopferung der eigenen Anhänger und nach Vernichtung der Gegner äußert.« (S. 242) Weil nun Hitler – nach Niekisch – sich als unfähig erwiesen hatte, die Volksgemeinschaft durchzusetzen, d. h. die Herstellung einer Totalität zwischen Führung und Staatsvolk herzustellen, um so die nationale Revolution konsequent zu vollenden, wurde der Nationalrevolutionär Niekisch lange vor 1933 zum entschiedenen Gegner des Hitler-Faschismus. Seine Kritik an Hitler, Hitler sei nur ein halber »Deutscher«, ein »romantisierender Deutscher« mit einer unverantwortlichen »Legalitätsbereitschaft«, verschaffte ihm schon vor seiner Verhaftung im Jahre 1937 und der anschließenden KZ-Haft den Ruf, ein Widerstandskämpfer zu sein. Sie führte zu einer bis heute andauernden Fehleinschätzung der 1932 im Widerstandsverlag erschienenen Schrift über »Hitler – ein deutsches Verhängnis«, worauf Pittwald im zweiten Hauptkapitel seiner Arbeit eingeht, das die politische Entwicklung des Nationalrevolutionärs behandelt (S. 42–98). Hier erfahren wir auch Aufschlussreiches über die Rolle von Niekisch als »Rätesozialist aus Patriotismus« (S. 42 ff.), über seine prägende Be-

deutung für den Hofgeismarkreis der Jungsozialisten (S. 50 ff.), die Herausbildung des Widerstandskreises (S. 60 ff.), die Querfrontbündnisse mit Ernst Jünger, Alfred Bäumler, Bodo Uhse, General Schleicher, Otto Strasser, die »Schwarze Front« und den »Bund Oberland« (S. 64 ff.), einschließlich der Finanzierung durch den Hamburger Großkaufmann Alfred C. Toepfer (S. 71). Auch auf seine nationalrevolutionäre Position nach 1945 in der DDR als Mitglied der SED, der Volkskammer und führender Repräsentant der »Nationalen Front« wird ebenso eingegangen (S. 84 ff.) wie auf seinen verbitterten Kampf um seine Anerkennung als Mann des Widerstands gegen das Hitler-Regime in der BRD (S. 95 ff.). Einen solchen haben allerdings schon andere Autoren geliefert, so beispielsweise Peter Kratz (1995). Was auch nach der Studie von Pittwald unaufgearbeitet bleibt, sind zwei wichtige hauptamtlichen Tätigkeiten von Ernst Niekisch. Das betrifft erstens seine Rolle als Funktionär im Vorstand des einflussreichen Textilarbeiter-Verbandes von 1923–1926. Wird die Kooperationsbereitschaft der ADGB-Führung unter Theodor Leipart mit dem Querfrontkanzler Schleicher und dem Hitler-Kabinett vielleicht erklärbarer, wenn man das vorbereitende Wirken der »Rechten von links« um Ernst Niekisch und August Winnig, den einflussreichen Sekretär des Bauarbeiter-Verbandes, mit einbezieht? Denn sie haben mit ihrem Brückenschlag zwischen nationalen Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung und völkischem Denken rechtskonservativer und antidemokratischer Provenienz zumindest in der Endphase der Weimarer Republik nicht nur bürgerliche Repräsentanten um den »Gegner-Kreis« mit

dem späteren Widerstandskämpfer Harro Schulze-Boysen oder Bündische und Freikorpsmitglieder wie Ernst von Salomon für die »Schwarze Fahne« gewonnen, sondern auch zahlreiche Vertreter aus den Kreisen der Gewerkschaften, der KPD und SPD auf ihre Seite gezogen. Ähnlich einflussreich wirkte zweitens Niekisch im Bereich der Volksbildung. Als Leiter der Volkshochschule Berlin-Wilmersdorf knüpfte er unmittelbar nach der »Fremdbefreiung« vom Faschismus an die »Bildungsbrüderschaft« und die »Sozialisierung der Bildung zum Aufbau des neuen Deutschland« an, für die er schon nach der Niederlage von 1918 zusammen mit den Repräsentanten der bündischen Jugendbewegung und der »Neuen Richtung der Volksbildung« geworben hatte, die 1933 die »Polyphonie der Volksgemeinschaft« besangen und nach 1945 für kurze Zeit erneut auf einen »romantischen Antikapitalismus« setzten, der sie in Ost- und Westdeutschland wieder einsatzfähig machte. Mit Goethe-Vorträgen eröffneten sie ihre Bildungsinstitutionen. Sie wollten so nach innen wieder gewinnen, was nach außen verloren war. Der Gefragteste unter ihnen war damals Ernst Niekisch. Überall erklang sein Wort über die »deutsche Daseinsverfehlung«. Sein von Friedrich Meinecke übernommener Appell, nach dem »Ende des deutschen Volkes« Volkshochschulen als »Goethe-Gemeinden« zu gründen, sollte dazu beitragen, den »Weg vom Novemberzusammenbruch 1918 zur Katastrophe von 1945« zu erklären und angesichts der geographischen Mittellage Deutschlands noch einmal auf eine »Ostorientierung« zu setzen. Damit geriet der nationalistische Träumer von einer deutschen Revolution nach 1953 erneut ins politische

Niemandland. Auch am Ende seines Lebens befand Ernst Niekisch sich noch zwischen allen Fronten. Freilich sollte der von Sebastian Haffner als »eigentlicher Gegenspieler Hitlers« unzulänglich gewürdigt und von Bernt Engelmann zum Theoretiker eines »preußischen Sozialismus« hochstilisierte Schriftsteller als Leitfigur für die neuen »nationalrevolutionären« Gruppen und Zeitschriften ab Mitte der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts eine posthume Karriere beginnen, weil Niekisch, mit dem Vertreter der Traditionsrechten Uwe Saueremann formuliert, den historischen Beweis dafür liefere, dass radikaler Nationalismus und Antifaschismus miteinander vereinbar seien. Mit all diesen Legenden und Widersprüchen aufgeräumt zu haben, ist das Verdienst der solide recherchierten und gut dokumentierten Studie von Michael Pittwald.

Jörg Wollenberg

Ahlich Meyer, *Die deutsche Besatzung in Frankreich 1940–1944. Widerstandsbekämpfung und Judenverfolgung*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2000. 279 Seiten, 34,90 €

IN acht chronologisch ausgewählten Detailstudien präsentiert Ahlich Meyer eine Untersuchung der nationalsozialistischen Maßnahmen zur Widerstandsbekämpfung in Frankreich in den Jahren 1941 bis 1944. Das Buch bietet nicht nur einen Einblick in das komplexe Verhältnis zwischen französischer Résistance und deutscher Besatzungspolitik,

sondern aktualisiert auch den deutschsprachigen Forschungsstand zur Geschichte Frankreichs während des Zweiten Weltkriegs. Nahezu ein Drittel des Bandes besteht aus der Angabe von Quellen, die der Autor in französischen und deutschen Archiven eingesehen und mit ausführlichen Erklärungen und Anmerkungen ergänzt hat. In fünf eingeschobenen, abgesetzten Kästen werden einzelne Themen vertieft, indem Hintergründe des historischen Geschehens (Zur Entwicklung des kommunistischen Widerstands im Herbst und Winter 1941, S. 69 ff.) näher beleuchtet oder verschiedene Zeitebenen (Aus den Akten der Dortmunder »Zentralstelle für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen«, S. 113 ff.) miteinander in Beziehung gesetzt werden. Mit den Berichten der Pariser Polizeipräfektur an den Kommandanten von Groß-Paris setzt sich der Autor explizit quellenkritisch auseinander: Die Aussagekraft von Dokumenten aus der Feder von Polizeibediensteten ist begrenzt, denn sie wurden unter Umständen so und nicht anders geschrieben, um die Effizienz der französischen Behörden zu beweisen oder die Erwartungshaltung der Besatzer zu erfüllen. Für die Rekonstruktion eines annähernd realistischen Bildes des Widerstands reichen sie nicht aus (S. 66 ff.).

Beiträge mit verschiedenen Schwerpunktsetzungen, von denen einige bereits in früheren Ausgaben der »Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik« veröffentlicht wurden, werden in diesem Band zu einer Art Gesamtschau zusammengeführt. Methodisch arbeitet Ahlich Meyer mit verschiedenen Ansätzen. Zwar orientiert er sich bei der Rekonstruktion des Geschehens an einer

eher klassisch ausgerichteten Sozialgeschichtsschreibung, darüber hinaus bezieht er aber auch erinnerungspolitische und mentalitätsgeschichtliche Fragen und Aspekte mit ein. In Auseinandersetzung mit der Frage nach Motiven und Motivationen der Täter trifft der Autor erste Aussagen über eine »Mikrophysik der Macht« (S. 107). Nach den Massenhinrichtungen, so argumentiert Meyer, hätte bei den daran beteiligten Tätern ein »Abstraktionsvorgang« eingesetzt, der Gewissensprobleme nivellierte und es stattdessen ermöglichte, pragmatische Ideen für eine schnellere und einfachere Umsetzung der Verbrechen zu entwickeln. Planungskompetenz gehörte zu den zentralen beruflichen Qualifikationen der deutschen Besatzer. Dies spiegelt sich nach Meinung des Autors in den emotionslos geschriebenen Erfahrungsberichten der direkt an den Hinrichtungsaktionen Beteiligten ebenso wie in der perfekt funktionierenden Bürokratie des Mordapparates.

Aus den im *Centre de documentation juive contemporaine* (CJDC) archivierten Dokumenten des SS-Sturmbannführers Dr. Horst Laube – es handelt sich vor allem um Erlasse und Verordnungen vom August 1942 – geht hervor, dass Beamte der mittleren und unteren Verwaltungsebene ihre bei sogenannten »Vergeltungsmaßnahmen« gesammelten Erfahrungen austauschten und durch Verbesserungsvorschläge maßgeblich zur Perfektionierung der Mordmaschinerie beitrugen. Dass eine ganze Abteilung des Besatzungsapparates wochenlang mit der Beschaffung von Särgen, Stricken und Handfesseln oder mit der Ofenreparatur eines Krematoriums beschäftigt war, mag sich makaber anhören, ist aber nur ein

Beispiel für die Verschränkung von Besatzungsterror, Bürokratie und Alltagsroutine.

Die verantwortlichen Deutschen für die Deportationen aus Frankreich – viele von ihnen gutausgebildete Juristen in hoher Position –, die nach dem Krieg vor Gericht gestellt wurden, hielten auch dann noch an ihrer subjektiven Gewissheit fest, kein Unrecht begangen zu haben (siehe zu den »Frankreich«-Verfahren, S. 109 ff.). Sie waren der Meinung, mit den Geislerschießungen hätten sie sich durchaus auf dem Boden des Rechts bewegt. Schließlich hatte die Werner Best unterstellte Gruppe »Justiz« des Verwaltungsstabes immer wieder auf die Rechtmäßigkeit der »Geiselnahme« hingewiesen und entsprechende Erlasse ausgearbeitet, in denen die Kriterien für die gezielte Festnahme von Menschen für Hinrichtungen festgelegt waren (S. 31). Da Best innerhalb der Verwaltung auch für die Gruppe »Polizei« zuständig war, liefen bei ihm die Fäden des rechtlich abgesicherten Polizeistaates zusammen. In einem Amalgam von Ideologie, Stimmungsmache, Gesetzen, Erlassen und persönlicher Initiative richtete sich der Repressionskurs gegen zwei Hauptfeinde: die französische Widerstandsbewegung und die jüdische Bevölkerung. Ahlrich Meyer arbeitet nicht nur grundlegende Elemente der »Beziehungsgeschichte« heraus, sondern es gelingt ihm auch, eindringliche Bilder von bisher wenig bekannten Situationen in dem von den Deutschen besetzten Frankreich zu zeichnen (insbesondere S. 80 ff.). Auf der einen Seite die Juden und der Widerstand – wobei der Widerstand maßgeblich von osteuropäischen Juden getragen wurde –, auf der anderen Seite die Täter. Der –

wenn auch unbewusst – von Joseph Wulf bereits in den 60er Jahren aufgeworfenen Frage, ob und wenn ja, wie die extrem polarisierten Lebensrealitäten von Opfern und Tätern in Beziehung zueinander gesetzt werden können, nähert sich der Autor von verschiedenen Ausgangspunkten immer wieder an. Ahlrich Meyer bezieht sich damit auf eine auch innerhalb der Holocaustforschung lange Zeit vernachlässigte Geschichtsschreibung, die nicht den Blick der Besatzer reproduziert, sondern dessen scheinbare Objektivität kritisch reflektiert. Auch wenn der Schwerpunkt in diesem Buch, bedingt durch die Auswahl der Quellen, auf der Darstellung der Täterseite liegt, so wird doch, wenn immer möglich, die Aufmerksamkeit auf die Opfer gelenkt.

Die Studie über die im März und April 1943 in der Dordogne durchgeführte »Aktion Brehmer« fördert neue Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen nationalsozialistischem Krieg und Holocaust zutage. Unter dem Vorwand der »Banden- und Terroristenbekämpfung« zogen Kampfgruppen – zusammengestellt aus verschiedenen Wehrmachtsbataillonen und kurzfristig dem Kommandanten des Heeresgebietes Südfrankreich zugeteilt – marodierend durch die französische Provinz, um Juden ausfindig zu machen, die den Deportationen entkommen waren. Mit Hilfe der Bevölkerung und der Widerstandsbewegung gelang es ihnen immer besser, sich zu verstecken. Dieses Beispiel zeigt, dass auch in Westeuropa die Wehrmacht maßgeblich an der Ermordung der Juden beteiligt war, denn im Unterschied zum SD hatte sie die Kapazität und Erfahrung ganze Regionen zu »durchkämmen«. Es vermittelt darüber hinaus einen eindringlichen Ein-

blick in den Kampf der Juden in der Dordogne um ihr Überleben. Nicht nur die Daten, an denen Exekutionen stattfanden, sind nun bekannt, auch einzelne Widerstandsaktionen konnten rekonstruiert werden. Vor allem aber nennt der Autor die Namen der Toten, ihre biographischen Daten, Familienzusammenhänge und die Umstände ihrer Ermordung. Das Buch ist also auch ein Gedenkbuch und, was selbst kritischen Historikern nicht immer gelingt, geschrieben voller Respekt gegenüber den Opfern.

Anne Klein

Sigrid Stöckel (Hg.), Die »rechte Nation« und ihr Verleger. Politik und Popularisierung im J.F. Lehmanns Verlag 1890 – 1979, Berlin: Lehmanns Media 2002, 328 Seiten. 24,95 €

DIES von einer namhaften Medizinhistorikerin herausgegebene und acht weiteren Autoren geschriebene Buch ist der lang erwartete Versuch, sich mit der Geschichte eines Verlages auseinanderzusetzen, bei dessen Nennung man an Rassenkunde und Nazizeit denken muss. Umso erstaunlicher ist es, dass sich das Unternehmen selbst an seine eigene Vergangenheit heranwagte. Das anfängliche – später nicht bestätigte – Misstrauen des Lesers wird zunächst genährt, wenn man im Kapitel »Die Namenswahl« erfährt, dass das Unternehmen, vom Deutschen Ärzte-Verlag 1981 gekauft, erst 1997, über fünfzig Jahre nach dem Ende der Nazizeit nur das »J.F.« loswerden, aber

unbedingt weiter »Lehmanns« heißen wollte. Zwei Geschäftsführer und ein Prokurist behaupten in einem kurzen Beitrag, das sei nur möglich gewesen, weil man einen lebenden Herrn Lehmanns gefunden habe, der für kurze Zeit Gesellschafter habe werden müssen, um dem Unternehmen seinen Namen geben zu können: Man habe die unliebsame Vergangenheit durch einen ganz neuen Namen nicht verdecken wollen. Für einen wirklichen Neubeginn nach all den Jahren?

In der Einleitung sagt die Herausgeberin, Julius Friedrich Lehmann sei »als einer der ambitioniertesten Verleger rasenhygienischer Werke« bekannt, der »zu den entschiedensten Vertretern nationaler und rassistischer Ideologien« gehört und dazu beigetragen habe, »die ›rechten Kräfte‹ vom nationalkonservativen bis zum nationalsozialistischen Rand des Spektrums zusammenzuführen und damit den Untergang der Weimarer Republik vorzubereiten«. Lehmann, »ein klassisches Beispiel für die Verflechtung von Ideologie und Wissenschaft«, habe die Machtübertragung an die Nazis als »Erlösung« begrüßt.

Lehmann wurde 1864 als Kind von Flüchtlingen der Revolution von 1848 in Zürich geboren. 1890 machte er sich in München selbständig und eröffnete einen medizinischen Verlag und eine Fachbuchhandlung. Schon vor dem Ersten Krieg entwickelte er sich vom Freisinnigen zum extremen Nationalisten und Antisemiten. Im Dezember 1919 beteiligte er sich an Vorbereitungen für einen Staatsstreich und wurde verhaftet. Als Freicorpsführer wirkte er an der Befreiung Münchens von den »Roten« mit. Das alles animierte ihn, schon 1920 in die

Nazipartei einzutreten und gegen den »Systemstaat« zu kämpfen, sich für Fememörder einzusetzen und in seinem Verlag rechtsextreme und rassistische Bücher und Zeitschriften zu verlegen. 1934 bekam er zu seinem 70. Geburtstag den Adlerschild, die goldene Ehrennadel und einen Brief Hitlers. 1935 starb er.

Lehmann war ein erfolgreicher Verleger zahlreicher Zeitschriften, vor allem der »Münchner medizinischen Wochenschrift«, Atlanten und medizinischer Fachliteratur, aber auch abscheulicher nationaler Blätter wie »Deutschlands Erneuerung«, 1916 auf Anregung des Rassen-theoretikers und Wagner-Schwiegersohns Houston Stewart Chamberlain ins Leben gerufen, und eng verbunden mit dem Alldeutschen Verband: »Diese Zeitschrift ist das Verlagsunternehmen, was mir bisher von allen meinen Unternehmungen am meisten Freude gemacht hat«, schrieb er 1917 an Alfred Hugenberg. Für sie brachte er immer wieder große finanzielle Opfer: sie war nicht erfolgreich und fast nur in Bayern vertreten. Personelle Verbindungen zwischen den Nazis und der Zeitschrift gab es kaum. Aber gegen Ende der zwanziger Jahre schwenkte Lehmann auf die Parteilinie der Nazis ein, während die Zeitschrift selbst bis 1933 mehr dem Alldeutschen Verband verhaftet blieb.

Mario Heidler untersucht die Zeitschriften des Verlages von 1890 bis 1945, ihre Erfolge und Misserfolge und die geldbringenden Objekte, die dem Verlag politische, auch gewagte Experimente gestatteten. Daran anschließend untersucht er die Entdeckung der Öffentlichkeit und ihre Manipulation an Hand der Lehmann-Broschüre »West-Marokko deutsch!« aus Anlass des sogenannten

Panthersprungs 1911, als die deutsche Presse in einer außenpolitischen Frage nicht mehr nur lammfromm an der Seite der Regierung stand. Patrick Krassnitzer bearbeitet das Thema »Weltkriegserinnerung und ihre politische Instrumentalisierung in den Publikationen des J. F. Lehmanns Verlages 1916–1935«. Nicht, dass man es nicht schon lange gewusst hätte, aber an solchen sehr konkreten Beispielen totaler Geistesverwirrung wird besonders deutlich, eine wie große Zerstörung der erste Weltkrieg hinterlassen hat, eine viel größere als der zweite, nach dessen Ende klar war, dass das Land den Krieg mit nicht diskutierbarem »unconditional surrender« für jedermann sichtbar verloren hatte: man konnte keine Kriegsschuldläge, keine Dolchstoßlegende formulieren. Und man hoffte, dass der Nationalismus, wenn nicht viele den Verstand verlören, keine Zukunft haben könne. 1989 geschah das – zu mancher Leute Überraschung – tatsächlich nicht. Keiner, oder kaum einer, sagt noch, die Juden oder die Sozialdemokraten seien an allem schuld – nur bei den Kommunisten halten noch viele die vertrauten Verhaltensmuster parat.

Schon im Oktober 1918 schrieb Lehmann: »Wer hat dem deutschen Volk das Rückgrat gebrochen? Die Juden und ihre alljüdische Presse. Sie haben den Glauben der Heimat vernichtet und dann die Front zermürbt.« Dagegen trat er mit Weltkriegserinnerungen, antirepublikanischem Schrifttum und völkischen Aufbauschriften an. Lehmanns Verlag veröffentlichte auch zahlreiche Schriften zu Wehrtechnik und Wehrwissenschaften, z. B. Weyers »Taschenbuch der Kriegsfлотen«, die Ernst Willi Hansen in seinem Beitrag behandelt.

Lehmanns Schwiegersohn Otto Spatz baute auch diesen Teil des Verlages nach dem zweiten Weltkrieg wieder auf und vergaß auch nicht, Bücher mit Rechtfertigungsideologie zu verlegen, die »rein soldatisches Handeln« vom Vernichtungskrieg zu trennen versuchen, also das Thema zu verdrängen, mit dem sich – viel später – die Wehrmachtausstellung beschäftigte.

Der Medizinhistoriker Paul Weindling von der Oxford Brooks University schreibt in einem kurzen – englischen – Beitrag über Lehmann als Medizin-Verleger »and the Racialising of German Medicine 1890–1945« – mit vielen Redundanzen, wie sie nicht nur in einem diesem Sammelband fast unvermeidlich sind, aber er sagt, fast nebenbei, »the Verlag was linked to the euthanasia administration«, ohne das zu konkretisieren. Die Politikwissenschaftlerin Christine Kirschstein beschäftigt sich mit der trostlosen rechtslastigen Justiz der Weimarer Zeit und exemplifiziert dann ausführlich Lehmanns hoffnungslos verbohrten Kampf gegen die Weimarer Demokratie an dem vom ihm verlegten Buch »Gefesselte Justiz« von Ewald Moritz, der sich Gottfried Zarnow nannte. Es erschien in zwei Bänden 1930 und 1932, war voller Fälschungen und einem geradezu dramatischen Antisemitismus; deshalb kam es auch zu einstweiligen Verfügungen und einer Beschlagnahme des ersten Bandes.

Roman Warwas und die Medizinhistorikerin Brigitte Lohff untersuchen die Monographien des Verlages in den Nazijahren 1933 bis 1945, ab 1935 unter der Regie von Otto Spatz. 517 Titel von 384 Autoren, davon 21 Frauen, waren es, darunter 105 Medizintitel, 44 zur Rassenhygiene und Bevölkerungs-

politik, 42 naturwissenschaftliche Bücher, je 41 zum Thema Politik und Staat, Rassen- und Sippenkunde, Krieg und Wehrmacht, 29 Lebensbeschreibungen, 11 Frauenbücher, 25 über Kunststoffe, 15 zur Volksgesundheit und acht über deutsches Volkstum. Brigitte Lohff interessiert sich besonders für Lehmanns Medienpolitik und findet eine »brisante Verknüpfung von Protestantismus und völkischem Nationalismus«, die Lehmann, der sich eine Luthersche Reformation des 20. Jahrhunderts wünschte, als eine Art »Heilsverkündung« betrieben habe. So schrieb er im April 1932: »Hitler ist eine tiefenste religiöse Persönlichkeit«.

Der Verlag wurde nach dem Krieg von den Amerikanern beschlagnahmt und erst Ende 1949 wieder freigegeben. Dann machte sich Otto Spatz daran, ihn wieder zu eröffnen. Darüber schreibt Sigrid Stöckel. Spatz scheint bei seinem Schwiegervater schon früh gelernt oder schon alles mitgebracht zu haben: er achtete auf Kontinuität und verlegte sogleich wieder sogar Günthers »Gattenwahl zu ehelichem Glück und erblicher Ertüchtigung«, was denn doch so großen Wirbel machte, dass er das Buch zurückziehen musste. Der Verlag wurde zur Heimstatt vieler Autoren, die früher, vor allem zur Nazizeit »ihr Bestes« gegeben hatten. Zu ihnen gehörte auch Kurt Ziesel, der sich in mehreren Büchern, vor allem »Das verlorene Gewissen«, zu Recht darüber erregte, dass viele der Neudemokraten vergessen machen wollten, was sie während der Nazizeit geschrieben hatten. Ziesel indes verhehlte es nicht und der Verlag auch nicht.

Heinrich Senfft

Till Bastian, Sinti und Roma im Dritten Reich. Geschichte einer Verfolgung, München: Beck 2001. (Beck'sche Reihe) 95 Seiten, 7,50 €

»DIE Prüfung der Wiedergutmachungsberechtigung der Zigeuner- und Zigeunermischlinge ... hat zu dem Ergebnis geführt, daß der genannte Personenkreis überwiegend nicht aus rassischen Gründen, sondern wegen seiner asozialen und kriminellen Haltung verfolgt und inhaftiert worden ist.« Dieser Runderlass des Stuttgarter Innenministeriums von 1959 zur Frage der Entschädigung von NS-Opfern ist symptomatisch für eine Haltung, in der die Maßnahmen gegen die Sinti und Roma lange Zeit nicht als rassistisch motiviertes NS-Verbrechen erschienen, sondern als legitimes Vorgehen gegen Verbrecher.

Till Bastians Büchlein ist geeignet, diese Fehlwahrnehmung auch in einer breiteren Öffentlichkeit zu korrigieren. Darin liegt die Bedeutung seines Überblicks über die Verfolgung der Sinti und Roma seit der frühen Neuzeit, als der Staat im Zuge der Sozialdisziplinierung zunehmend die Nischen für soziale Außenseiter beseitigte. Zwar gab es im 19. Jahrhundert auch den Hang zur Romantisierung des »lustigen Zigeunerlebens«, dem exotischen Gegenentwurf zur geordneten bürgerlichen Welt, dennoch wuchs der Assimilierungsdruck beständig. Die 1899 in München eingerichtete »Zigeunerzentrale« oder das bayerische »Gesetz zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen« von 1926 bildeten nur die Spitze der Diskriminierung.

Über die Nürnberger Gesetze, den »Erlaß zur Bekämpfung der Zigeunerfra-

ge« von 1938 und Himmlers »Auschwitz-erlaß« aus dem Jahre 1942 führte der Weg der Sinti und Roma dann in die Konzentrationslager und vor die Gewehre der Einsatzkommandos. Innerhalb Deutschlands und der besetzten Gebiete wurde jeder zweite umgebracht, insgesamt 300.000 bis 500.000 Menschen.

Bastians Betonung der Kontinuitäten hilft auch zu verstehen, warum das Saarland noch 1948 eine »Polizeiverordnung zur Zigeunerplage« erlassen und warum führende »Zigeunerexperten« auch nach 1945 bei Polizeibehörden und Universitäten ihren alten Tätigkeiten nachgehen konnten. Jedoch vernachlässigt Bastian in seinem Bestreben, die Ermordung der Sinti und Roma nicht als »Nebenprodukt« des Holocaust erscheinen zu lassen, den Bereich der eigentlichen Entscheidung zum Massenmord. Dadurch wird die Chance vertan, die Geschichte der Sinti und Roma in den Kontext der anderen NS-Massenverbrechen zu stellen, wie sie unter den Stichworten kumulative Radikalisierung, Bevölkerungsökonomie und regimeinterne Machtkämpfe diskutiert werden. Bedauerlicherweise fehlt auch eine Auseinandersetzung mit der grundlegenden Studie Michael Zimmermanns (»Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische »Lösung« der Zigeunerfrage«, Hamburg 1996).

Jürgen Zimmerer

Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht, Zürich: Pendo Verlag 2002. 619 Seiten, 29,90 €

ALS sich die internationale Diskussion 1996 in immer stärkerem Maße der Frage zuwandte, welche Dienste die Schweiz dem nationalsozialistischen Deutschen Reich geleistet habe, zeigten nicht wenige deutsche Journalisten mit dem erhobenen Finger auf den kleinen Nachbarn. Noch während die deutschen Konzerne und der deutsche Staat einen Verhandlungsmarathon um die Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter begannen, setzte der Schweizer Staat vergleichsweise zügig eine Expertenkommission mit weitgehenden Befugnissen ein. Insbesondere die staatlich verfügte Zugänglichkeit der Firmenarchive eröffnete den eingesetzten Historikerinnen und Historikern große Möglichkeiten.

Sechs Jahre später liegen als Ergebnis der Kommissionsarbeit 25 bereits publizierte Studien und der hier zu besprechende Abschlussband vor. Die Resultate der Forschungen sind beeindruckend und eröffnen neue Forschungsperspektiven; um so mehr überrascht es, wie wenig die Bände bisher in der deutschen Fachöffentlichkeit zur Kenntnis genommen wurden.

Der Schlussbericht trägt die Ergebnisse der 25 Bände zusammen und ist aufgrund der engen Anlehnung auch als kommentierende Einführung in die Einzelstudien nutzbar. Die Bedeutung des offiziellen Abschlussberichts führt mitunter dazu,

dass im Gegensatz zu den Einzelstudien manchmal ein diplomatisch-politischer Tonfall gewählt wird. Den Schwerpunkt des Berichts bilden die beiden Themenfelder »Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik« und »Außenwirtschaftliche Verflechtung und Vermögenstransaktionen« auf die ich mich im folgenden konzentriere, während die ebenfalls behandelten Themen »Recht« und »Wiedergutmachung« hier vernachlässigt werden.

Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges lebten etwa 20 Prozent der Schweizer Bevölkerung von der Landwirtschaft, 45 Prozent von Tätigkeiten in Industrie und Gewerbe und 35 Prozent von Dienstleistungen. Die treibenden Kräfte der Wirtschaft waren der Bankensektor sowie stark technisierte Unternehmen mit hohem Innovationsgrad, die weitgehend vom Export abhingen. Die internationale Konkurrenzfähigkeit der Banken wurde durch das 1934 eingeführte Bankengeheimnis gestärkt, dass noch heute ein Rückgrat der Schweizer Wirtschaft und ein nicht zu hinterfragendes Dogma bildet. Die staatliche Struktur war geprägt von einem »liberalen Korporatismus« (S. 66), das heißt von regierenden bürgerlichen Parteien, die ihre Entscheidungsfindungen mit den Wirtschaftsverbänden abstimmten. Die Mentalität der herrschenden Elite zeichnete sich durch eine panische Kommunismusfurcht und latenten Überfremdungsängsten aus. Das nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges errichtete autoritäre Vollmachtsregime verstärkte die bereits bestehende enge Verbindung von Staat und Wirtschaft noch weiter.

Vor dem Hintergrund dieser Überfremdungsangst ist die schweizerische Flüchtlingspolitik zu sehen. Das Kapitel

»Flüchtlingspolitik« ist im wesentlichen politikgeschichtlich orientiert. Es stellt die Frage, wie Schweizer Institutionen auf die Verfolgung von Juden und Jüdinnen in Deutschland und den besetzten Gebieten reagiert haben. Sie waren mit Abstand die bedeutendste Flüchtlingsgruppe. Den Motor der schweizerischen Flüchtlingspolitik bildete die Eidgenössische Fremdenpolizei, die seit 1919 von Heinrich Rothmund geleitet wurde. Rothmund vertrat bis Kriegsende eine vehemente Abschottungspolitik und begründete sie nicht selten antisemitisch. Unterstützt wurde er vor allem vom Militär, das ständig Spione unter den Flüchtlingen vermutete. Um die Flüchtlinge vom Grenzübertritt abzuhalten, erwogen Teile der Armee sogar den Einsatz von Gas (S. 137). Doch auch Vertreter anderer Parteien waren überzeugte Anhänger dieser Abschottungspraxis. Erst mit der sich abzeichnenden Kriegswende begannen Schweizer Politiker für eine »humanitäre Aufholjagd« (S. 169) zu votieren. Die Rolle der Wirtschaft, der Kirchen und der Hilfswerke scheint hingegen wesentlich ambivalenter gewesen zu sein. Die Befürworter einer offeneren Flüchtlingspolitik waren aber nicht stark genug, um sich gegen die Vertreter der Abschottungspolitik durchzusetzen. Die Frage nach der Einstellung der Schweizer Bevölkerung kann – so die Autoren des Bandes – heute nicht mehr zuverlässig beantwortet werden. Allerdings werden einige Beispiele für Hilfeleistungen der Bevölkerung aufgezählt und vermutet, dass die Bevölkerung eine offener Politik getragen hätte. Abschließend wird konstatiert, dass die politische Führung der Schweiz versagt habe, als es darum ging, den verfolgten Juden und Jüdinnen Schutz zu ge-

währen und dass die Schweiz »das einzige Land [war], das offen ein im Sinne des Nationalsozialismus definiertes rassistisches Selektionskriterium anwandte« (S. 171). Schweden verhielt sich bis 1942 übrigens ähnlich.

Das wirtschaftshistorische Kapitel »Außenwirtschaftliche Verflechtung und Vermögenstransaktionen« (S. 181–439) bildet mit zwölf Unterabschnitten das umfangreichste des Bandes. Bemerkenswert ist die kritische Darstellung, trotz der exponierten Stellung der Kommission. Der einleitende Abschnitt zum Außenhandel kommt zu dem Ergebnis, dass »das schweizerische Kriegsmaterial ... gerade einmal 1% der deutschen Rüstungsendfertigung [erreichte]« (S. 194). Die Studie weist für wichtige Rüstungsbereiche deutlich stärkere Abhängigkeiten der deutschen Rüstung von Schweizer Zulieferungen nach. Diskussionswürdig ist meines Erachtens die abschließende These, dass die wechselhafte Politik der Alliierten für die enge Verbindung der Schweiz zum Dritten Reich verantwortlich zu machen sei (S. 202).

Auf den ersten Blick überraschend ist die Feststellung, dass die Bedeutung der schweizerischen Rüstungsindustrie für die heimliche Aufrüstung während der Weimarer Republik letztlich für die deutsche Kriegsfähigkeit entscheidender war, als die Schweizer Lieferungen für die deutsche Rüstungswirtschaft ab 1940. Neben der Schweizer Flüchtlingspolitik stand 1996 in den öffentlichen Diskussionen vor allem der Goldhandel im Mittelpunkt der Kritik und wurde zum ersten Arbeitsschwerpunkt der UEK (Unabhängige Expertenkommission). Bereits zur Konferenz in London 1997 lag ein erster UEK-Bericht vor, der 1998 zu einer um-

fangreichen und Standards setzenden Studie erweitert wurde. Insbesondere die Ergebnisse dieser Studie bildeten die Grundlage auch für die Aussagen des Abschlussberichtes. Die zwei zentralen Kernaussagen lauten: 1. dass die Schweiz den Goldhandel mit dem Deutschen Reich nicht aufrechterhalten habe, weil sie meinte, so einen deutschen Angriff verhindern zu können 2. Den Schweizer Banken sei schon früh bekannt gewesen, dass das deutsche Gold mitunter nicht legal erworben war.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Bericht für den interessierten Leser eine gut geschriebene Analyse über das Verhalten eines neutralen Staates im von Hitler beherrschten Europa bietet. Für den Wissenschaftler bietet der Band vor allem einen schnellen ersten Überblick auf die Ergebnisse der 25 Kommissionsbände, die in ihrer Gesamtheit ein wichtiges Forschungsergebnis darstellen.

Marc Buggeln

Rüdiger vom Bruch/Rainer A. Müller (Hg.), Historikerlexikon. Von der Antike bis zur Gegenwart, 2. erweiterte Auflage. München: C.H. Beck Verlag 2002. 394 Seiten, 19,90 €

LEXIKA sind ein schwieriges Genre, aber unendlich nützlich. Das gilt auch für dieses kleine, kompakte Buch, in dem etwa 600 wichtige Historiker aus aller Welt präsentiert werden: von Homer (800 v. Chr.) bis Detlev Peukert (1950–1990). Daß mit einer solchen

Spannbreite unendliche Auswahlprobleme verbunden sind, liegt auf der Hand. Schwerpunkte waren zu setzen, und sie liegen hier bei der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft des 20. Jahrhunderts. Historiker anderer Länder werden zwar berücksichtigt, allein der zugewiesene Raum – und gelegentlich wohl auch die Kompetenz der Bearbeiter – reicht nicht aus. Überhaupt: Wie skizziert man in wenigen Sätzen ein Gelehrtenleben? Soll man nur wissenschaftliche Leistungen erwähnen oder auch akademische Würden? Und wie berücksichtigt man politisches Engagement und menschliche Qualitäten? Die Autoren der einzelnen Artikel sind sehr unterschiedliche Wege gegangen, und die Herausgeber ließen sie gewähren. Neben geglückten Miniaturen finden sich deshalb auch Einträge, die den Leser mit der Auflistung von Orden und Akademiemitgliedschaften langweilen, während die eigentlich brisanten Informationen – etwa ein Parteibuch – vornehm verschwiegen werden.

Immerhin, gegenüber der ersten Auflage von 1991 wurde diese Neuauflage erheblich erweitert und verbessert. Etwa 70 Artikel sind neu hinzugekommen. Darunter sind nicht nur unumstrittene Größen der Historie wie Heimpel oder Nipperdey, Duby oder E. P. Thompson, sondern auch Außenseiter wie Spengler, Elias oder Haffner. Sogar zwei Vertreter der »Alltagsgeschichte« wurden berücksichtigt: Peukert und Tim Mason. Ein oder zwei NS-belastete Namen (z. B. Harold Steinacker) sind verschwunden; bei anderen, wie Schieder, Conze oder Erdmann, wurde die neuere Forschungslage eingearbeitet. Allerdings kann man sich nicht darauf verlassen: So werden die NS-Affinitäten eines Altheim oder Steinbach

nach wie vor verschwiegen, und die Entlassung Otto Brunners aus seinem Wiener Lehramt wird mit dem blossen »Vorwurf der Zusammenarbeit« mit den Nazis begründet, obwohl Brunners Aktivismus hinreichend erwiesen ist. Positiv hervorzuheben ist, daß die antisemitischen Ausrutscher der ersten Auflage getilgt wurden (einige Autoren jüdischer Herkunft hatten damals das Kürzel »Isr.« für »Israelit« bekommen). Alles in allem also ein brauchbares, aber immer noch verbesserungsfähiges Lexikon. Denn auf die naheliegende Quizfrage »Welche sieben Historiker erhielten bislang den Nobelpreis?« wird man weiterhin keine Antwort finden: Vier von ihnen sind nicht verzeichnet. (*Auflösung der Quizfrage auf Seite 158.*)

Peter Schöttler

Herrman Weber, in Zusammenarbeit mit Gerda Weber, Vom Parteihochschüler zum kritischen Sozialisten, Die SED-Parteischule »Karl Marx« bis 1949, Berlin: Aufbau Verlag 2002. 445 Seiten, 25,00 €

DER prominente Sowjetologe und DDR-Forscher Hermann Weber, dem kürzlich die Ehrendoktorwürde der Universität Rostock verliehen wurde, schildert in seinem autobiographischen Bericht den schmerzvollen Weg vom dogmatisch-gläubigen Kommunisten zum kritisch-differenzierenden Sozialisten, den er in den Parteischulen der SED (Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands) von Liebeswalde und Kleinmachnow in

den Jahren 1947–1949 zurückgelegt hatte.

Weber selbst stammte aus einer Mannheimer Arbeiterfamilie. Sein Vater wurde wegen Teilnahme am kommunistischen Widerstand von den Nationalsozialisten für 1 1/2 Jahre inhaftiert. Durch den väterlichen Einfluss gelangte der junge Weber früh zur kommunistischen Bewegung und trat sofort nach Kriegsende in die kommunistische Partei ein. Zunächst beeindruckte ihn das Kommunistische Manifest mit seiner faszinierenden Darstellung einer harmonisch-vollkommenen Gesellschaft ohne Klassen, Ausbeutung und Kriegen. Doch bald erkannte er, dass zwischen den theoretischen Idealvorstellungen eines Marx und der gängigen kommunistischen Praxis eine unüberbrückbare Kluft besteht. Er entdeckte die Ungereimtheiten in der offiziellen sowjetischen Propaganda, wenn etwa die in Ungnade gefallenen jüdisch-kommunistischen Parteiführer wie Trotzki, Radek oder Sinowjew von den Nationalsozialisten als »plutokratische Agenten des USA-Imperialismus« bezeichnet wurden, sie in der sowjetischen Literatur als »zionistische Handlanger Hitlers« auftraten.

Trotz dieser Bedenken glaubte der damals in Mannheim als Straßenbahnschaffner tätige Weber noch immer an die prinzipielle Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus und trat daher konsequent für sozialistische Ziele ein. Durch diese Aktivitäten erweckte er die Aufmerksamkeit des damaligen Mannheimer Bürgermeisters, der ihn der SED-Parteihochschule »Karl Marx« in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) empfahl. In der Schule, wo er aus Geheimhaltungsgründen den Decknamen »Wunderlich« annehmen musste, ver-

brachte er zwei Jahre und lernte dort auch seine spätere Frau Gerda Röder kennen. Mittlerweile vollzog sich in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Zusammenhang mit dem sich anbahnenden Kalten Krieg eine grundsätzliche Systemwandlung: Bislang galt die von Anton Ackermann formulierte These vom »deutschen Sonderweg«, die als Forderung nach einer zumindest partiellen Unabhängigkeit der Besatzungszone von der Sowjetunion, möglicherweise sogar als verdeckte Kritik am sowjetischen zentralistischen Sozialismusmodell verstanden werden kann.

Bald darauf schuf jedoch die UdSSR mit ihrer nun formulierten »Zwei-Lager-Theorie« Klarheit darüber, in welche Richtung sich die deutsche Besatzungszone in Zukunft zu entwickeln habe: Sie sollte nämlich zu einem strategisch wichtigen Bestandteil des sogenannten »progressiven«, von der Sowjetunion geführten Lagers werden. Demgegenüber wurden die damaligen deutschen Westzonen in das »reaktionär-imperialistische« Lager verwiesen.

Parallel zu der eben geschilderten Entwicklung verlief auch die Umwandlung der SED (Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands) von einer Volkspartei in eine hierarchisch strukturierten Elite- oder Kaderpartei. Dies führte wiederum zu einer Umorientierung des gesamten Schulbetriebs in den Parteischulen: Während bislang der Schwerpunkt des Unterrichts auf der allgemeinen marxistischen politischen Theorie beruhte, verlagerte er sich nunmehr auf die Heranbildung sogenannter »Berufsrevolutionäre«, das heißt dogmatisch eingestellter Parteibürokraten. Der bislang zumindest partiell noch tolerierte Meinungsplura-

lismus wurde immer mehr eingeengt, bis schließlich nur noch eine einzige Ansicht geduldet wurde, nämlich der offizielle Marxismus.

Diese Entwicklung bedeutete für Weber eine völlig neue Situation; er, der gewohnt war, selbstständig unterschiedliche Meinungen zu studieren und zu bewerten, musste nunmehr seine innere Überzeugung verheimlichen. Einen weiteren Schock erlitt er durch die Nachrichten über die Prager Schauprozesse, wo sich führende und altverdiente Kommunisten unter unvorstellbaren physischen und psychischen Druck zu den schwersten Verbrechen bekannten, und, obwohl unschuldig, für sich selbst die höchsten Strafen forderten.

Die nunmehr mangelnde Übereinstimmung zwischen Webers inneren Überzeugung und der von ihm nach außen abverlangten politischen Einstellung führte schließlich bei ihm sogar zu einem körperlichen Zusammenbruch. Dieser beschleunigte seinen Entschluss, sich gemeinsam mit Gerda Röder vom Kommunismus zu trennen und die Realisierung seiner sozialistischen Ideale im Rahmen demokratischer, rechtsstaatlicher und freiheitlicher Verhältnisse zu suchen.

Jan Osers

Johannes Fabian, Im Tropenfieber. Wissenschaft und Wahn in der Erforschung Zentralafrikas, München: C. H. Beck 2001. 412 S. 19,90 € (gebunden 39,90 €)

DI E Erforschung Afrikas sei die heroische Leistung einzelner wagemutiger Europäer gewesen, die wilden Tieren und kriegerischen Stämmen trotz der Zivilisation und Vernunft ihren Weg ins Herz der Finsternis gebahnt hätten: So ähnlich lautet der populäre Mythos, niedergelegt in zahlreichen Reiseberichten, der sich teilweise bis heute hält. Viel Wahres ist allerdings nicht dran. Schon die Entdeckungsreisen selbst darf man sich nicht als einsame Unternehmen vorstellen. Im Schnitt waren etwa 200 bis 300 Träger, Soldaten und Diener beteiligt, welche die wissenschaftliche Ausrüstung, die persönlichen Utensilien des europäischen Entdeckers und zuweilen auch diesen selbst schleppten. An den größeren Häfen etablierte sich sogar eine Art Expeditionsökonomie. Einheimische Vermittler managten für den Neuankömmling aus Übersee die Organisation und die Anwerbung des Personals. Dennoch waren die Reisebedingungen schwierig und kosteten schätzungsweise der Hälfte der Reisenden das Leben. Allerdings meist nicht etwa wegen wilder Tiere oder kriegerischer Afrikaner, sondern auf Grund körperlicher Strapazen und unbekannter Krankheiten. Wer überlebte, verdankte dies oftmals nur der Fürsorge seines afrikanischen Personals – von europäischer Überlegenheit keine Spur. Im Grunde retteten die sogenannten ›Wilden‹ die ›Zivilisierten‹, denn nicht einmal den Weg fanden die Entdecker

ohne die Hilfe ihrer afrikanischen Mitarbeiter.

Die Bedingungen des Reisens, insbesondere die schmerzliche Erfahrung der eigenen Körperlichkeit, blieben jedoch nicht folgenlos für die Wahrnehmung des Fremden. Wie sich die körperlichen Bedingungen auf die geistige Produktion auswirkten, untersuchte der Anthropologe Johannes Fabian. Die Berichte europäischer Forschungsreisender wie Adolf Bastian, Jérôme Becker, Curt von François, Paul Pogge oder Hermann Wissmann, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Expeditionen nach Zentralafrika führten, bilden dafür das Sample. Vor allem interessiert Fabian, wie die schmerzliche Einsicht in die eigene Schwäche zur Selbstkonstruktion eines Bildes vom rationalen Europäer beigetragen hatte. Gerade weil sich Körper und Geist im Urwald nicht trennen ließen, so seine These, wurde die europäische Rationalität in den veröffentlichten Berichten betont, die eigene Unzulänglichkeit nachträglich zur Überlegenheit konstruiert. Bei dem Bild vom Siegeszug der Geistes handelt es sich eben nicht nur um koloniale Propaganda, waren die Entdeckungsreisenden doch zugleich die Erschaffer dieses Mythos und seine Gefangenen. Sie glaubten an ihn, litten an ihrer eigenen Unvollkommenheit und taten alles, um ihn zu erfüllen. Deshalb unterwarfen sie sich einer strengen Selbstdisziplinierung, wozu ausgefeilte Reinigungsrituale und ein striktes Zeitmanagement ebenso gehörten wie die ständige Selbstreflexion in Form des Tagebuchschreibens. Dies half auch, die inneren Widersprüche auszuhalten, die beispielsweise zwischen den vorgeblichen humanitären und wissenschaftlichen Motiven und der Tatsache

bestanden, dass man dem Imperialismus den Weg bahnte.

Durch die bewusst aufrechterhaltene Distanz verspielten die Forschungsreisenden zugleich jedoch die Gelegenheit, die fremde Kultur zu verstehen. Um selbst im Lichte der Vernunft heller strahlen zu können, brauchten die Europäer die hier sprichwörtliche dunkle Folie. Die dadurch konstruierten Dichotomien – Zivilisation, Sauberkeit und Selbstdisziplin auf der Seite der Europäer, Trägheit, Stumpfheit und Hedonismus auf der afrikanischen – waren für das europäische Afrikabild folgenreicher als die »wissenschaftlichen Erkenntnisse«, welche die ethnologischen Reisenden im vorherigen Jahrhundert zusammentrugen. Durchbrochen wurde diese Mauer nur in Momenten der Ekstase, ausgelöst durch Rauschmittel, sexuelle Begierden oder körperliche Schwächen. Obwohl dies für die Erfahrung der Protagonisten zentral war, legt keiner darüber Rechenschaft ab. Und so versteckt sich einer der Schlüssel zum Verständnis der europäischen Afrikaerfahrung in den Reiseberichten in der unscheinbaren Chiffre vom tropischen Fieber.

Fabian zeigt, dass die Frage, wie die Europäer die Fremde wahrnahmen im Grunde falsch gestellt oder zumindest unzureichend ist. Was ebenfalls erkundet werden muss, ist, wie die Europäer mit sich in der Fremde umgingen. Ein Problem, dass auch heute noch aktuell ist. Nur ein Wermutstropfen trübt den Genuss dieses äußerst anregenden Buches: Hinsichtlich Fabians Fragestellung ist es eigentlich schwer verständlich, wieso er sich auf veröffentlichte Reiseberichte beschränkt. Wäre es nicht erst recht interessant gewesen, zu sehen, ob die unver-

öffentlichen Tagebücher und die vielfach geschriebenen Briefen den gleichen Konstruktionsprinzipien folgten?

Jürgen Zimmerer

Karsten Linne, »Weisse Arbeitsführer« im »Kolonialen Ergänzungsraum«. Afrika als Ziel sozial- und wirtschaftspolitischer Planungen der NS-Zeit, Münster: Monsenstein & Vannerdat Aug. 2002 (Books on demand). 490 S., 22,80 €

DI E blutig-imperialistische Eroberung von »Lebensraum im Osten« sollte nur der erste Schritt Nazi-Deutschlands auf dem Weg zur Weltmacht sein. Ein weiterer – nicht alternativer, sondern ergänzender – Schritt auf diesem Weg war in der Perspektive herrschender Kreise des NS die imperiale Unterwerfung des kolonialen Afrikas. Sie schien zwischen Mitte 1940 und 1942/43 vorübergehend zum Greifen nahe – nach der Niederlage Frankreichs (und der Chance, die Kolonien dieser europäischen Großmacht zu übernehmen) und den Erfolgen der Armeen Rommels. Karsten Linne hat sein Augenmerk den verschiedenen, im Wortsinne raumgreifenden Plänen zugewandt, die die diversen, mit Kolonialpolitik befassten Institutionen entwarfen. Herausgekommen ist eine spannende Arbeit.

Zeitweilig – zwischen Juni 1940 und Juli 1941 – scheint so etwas wie eine Kolonialismuseuphorie ausgebrochen zu sein: Fast »jede Reichsbehörde verfügte über ein besonderes Referat, das sich mit kolonialer Planung befasste« (S. 21). In-

teressant ist u. a. die (in Anlehnung an Wehler und Mason formulierte) These des Verfassers – der nicht zuletzt in der Zeitschrift 1999« mit wichtigen Beiträgen zur NS-Politik hervorgetreten ist –, dass der nazistische Kolonialismus auch die Funktion gehabt haben könnte, langfristig innenpolitische Friktionen und Konflikten zu dämpfen: sozusagen ein koloniales Ventil gegen inneren Überdruck zu schaffen, und zudem – durch extensive Agrarproduktion, Ausbeutung der reichen afrikanischen Rohstoffressourcen usw. – der angezielten Massenkonsumgesellschaft für die rassistisch privilegierte deutsche Arbeitnehmerschaft eine materielle Basis zu verschaffen (S. 55, 57f., 412f.). Bemerkenswert ist in diesem Kontext freilich, dass von der ökonomischen, wirtschaftspolitischen Seite her weniger die Industrie im engeren Sinne, als vielmehr der klassische Überseehandel (»Kolonialwaren«) und die mit jenen verflochtenen deutschen Großbanken kolonialpolitische Ambitionen entwickelten.

Ausgangspunkt der kolonialpolitischen Überlegungen bildeten die »alten« deutschen Kolonien. Kern des deutschen Kolonialreiches in Afrika jedoch sollte Belgisch-Kongo, das Herz Afrikas sein (S. 224ff. u. ö.). Überraschend ist, dass die kolonialpolitischen Pläne im Rahmen eines »klassischen Kolonialismus« verblieben und beträchtliche Ähnlichkeiten mit den deutschen, kolonialistischen Träumen während des Ersten Weltkrieges aufwiesen. Dass zusätzlich den Nürnberger Gesetzen vergleichbare Maßnahmen für Afrika vorgesehen waren (S. 349f.), kann nicht wirklich überraschen und relativiert diesen Eindruck nicht wesentlich. Zwar lassen sich nach der Lektüre

der Arbeit Linnes deutlich, zum Teil beträchtliche Differenzen etwa zwischen dem traditionalistischen »Kolonialpolitischen Amt« und dem moderneren Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront ausmachen, das stärker rassistische Konzepte aufnahm und typische DAF-Ideen auf Afrika anzuwenden trachtete (»Arbeitspfleger« etc.). Die vergleichsweise »milde«, »zumindest formal auf Assimilation abzielende, französische Kolonialpolitik« tat man im Dritten Reich offensichtlich unisono als »Rassenzersetzung« ab; als vorbildlich galt dagegen das 1937 verschärfte, südafrikanische Apartheidsystem, teilweise auch die Politik der belgischen Kolonialverwaltung im Kongo (S. 121 f., 138). Alles in allem jedoch muten die vorgestellten Projekte fast kolonialnostalgisch an. Den modernen kolonialpolitischen Varianten der USA, die im Grundsatz dem heutigen Neokolonialismus glichen, stand man erstaunt und letztlich mit Unverständnis gegenüber. An eine dem europäischen Osten auch nur ansatzweise vergleichbare »Siedlungs-« und »Umvolkungspolitik« war für Afrika zu keinem Zeitpunkt und von keiner Seite ernsthaft gedacht. Vor allem die SS wehrte sich vehement selbst gegen zaghaft positive Äußerungen zu einer deutschen »Massensiedlung« in Afrika (S. 130 ff.). Überdies gewinnt man den Eindruck, dass – trotz aller rassistischen Gesetzentwürfe – die Schwarzen besser behandelt werden sollten als Polen und SU-Bürger.

Angesichts der Vagheit vieler Pläne überrascht, wie weit die kolonialpolitischen Vorbereitungen bis in die erste Hälfte des Krieges gediehen waren: Schon 1936 gab es Überlegungen zum Aufbau einer neuen deutschen Kolonialpolizei;

seit 1939 bemühte sich der RFSS »um geeignete Bewerber für die Aufstellung einer Kolonialpolizeitruppe«; bis Mitte 1940 war »ein ausgearbeitetes Kolonialpolizeigesetz« fertig gestellt (S. 373 ff.). Bereits 1937 wurde überdies das 1900 gegründete »Hamburger Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten« reorganisiert und von 1940 bis 1942 dort »verstärkt Tropenkurse für künftige Kolonialärzte, Lehrgänge für Krankenschwestern« usw. angeboten (S. 144 ff.). Die Wehrmacht schließlich begann 1937/38 mit eigenständigen kolonialistischen Planungen; die Kriegsmarine hatte bereits vor Kriegsbeginn Stoßtrupps in der Stärke von zwei Kompanien aufgestellt, in Swinemünde und Cuxhaven, und Tropenrüstung beschafft.

Viele interessante Ergebnisse also. Kleinere Schwächen sind gleichwohl nicht zu übersehen: 1. Während Linne die Rolle des »Arbeitswissenschaftlichen Instituts« der DAF überschätzt – er spricht in Anlehnung an Roth vom »sozialpolitischen Planungszentrum einer »Neuordnung Europas«« (S. 60), m.E. eine Fehleinschätzung –, setzt er die Rolle des 1937 gegründeten und 1942/43 reorganisierten Reichsforschungsrates eher zu niedrig an (vgl. bes. S. 318–321, 335): Dieser Reichsforschungsrat, in dessen Gremien alles versammelt war, was im Bereich der Spitzenwissenschaften, der Industrie und auch der NS-Politik Rang und Namen hatte und der überdies seit Anfang der vierziger Jahre finanziell opulent ausgestattet wurde, war eine interdisziplinär angelegte – in mancherlei Hinsicht übrigens ziemlich erfolgreiche – Einrichtung, die die Arbeiten sämtlicher wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen des Dritten Reiches koordinieren und

auf kriegsrelevante Projekte lenken sollte. Dass dieser Reichsforschungsrat von seinen knapp zwanzig Fachsparten eine für die Kolonialwissenschaften (unter Günther Wolff, über den man gern etwas mehr erfahren hätte) einrichtete, spricht für den hohen Stellenwert, den der Erwerb von »klassischen« Kolonien im Dritten Reich hatte. Daran ändert auch der Tatbestand nichts, dass die Afrika-Pläne, selbst 1940/41, der »Ostexpansion« stets untergeordnet blieben, wie Linne zu recht wiederholt betont. 2. Obwohl die Fachsparte »Kolonialwissenschaften« des Reichsforschungsrats erst 1944 ihre Arbeit einstellte, wurden fast alle hochtrabenden kolonialistischen Afrika-Konzepte zwischen Mitte 1940 und Ende 1941 abgefasst. Linnes Bemerkung, dass »je länger der Krieg andauerte, desto lauter die Stimmen wurden, die die Erschließung eines [afrikanischen] »Ergänzungsraumes« forderten (S. 220), ist irreführend und widerspricht seinen eigenen empirischen Befunden. 3. Ähnlich wie über den RFR hätte man auch über den »Reichskolonialrat« u. a. gern mehr erfahren. Undeutlich bleibt außerdem, ob die kolonialpolitischen Pläne der einzel-

nen Institutionen sich im Laufe der Zeit geändert haben, welche neuen Vorgaben aufgenommen wurden etc. 4. Angesichts der zahllosen Kürzel verliert man bei der Lektüre im polykratischen Gewirr der zahlreichen Institutionen, die sich für Kolonialpolitik interessierten, manchmal den Überblick. Wichtig wäre es zudem gewesen, wie die verschiedenen Pläne rezipiert wurden. Deutlich wird dagegen, dass das scheinbare Desinteresse zentraler politischer Institutionen an einer Afrikapolitik weniger mächtigen Gruppierungen und Einrichtungen Spielräume eröffnete, eigene Ambitionen zu entwickeln.

Auch wenn die Kolonialpolitik der Kontinentalpolitik nachgeordnet blieb, erlauben die hier vorgelegten Afrika-Planungen wichtige Schlaglichter auf die NS-Weltpolitik insgesamt. Linne hat eine Pionierstudie vorgelegt, die einen von der NS-Forschung bisher weitgehend vernachlässigten Bereich der Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik aufhellt. Das Thema allerdings ist noch längst nicht ausgereizt. Zu wünschen ist, dass weitere Studien folgen.

Rüdiger Hachtmann

Quizauflösung »Historikerlexikon«, S. 152. Folgende Historiker erhielten bisher einen Nobelpreis: Theodor Mommsen (1902), Woodrow Wilson (1919), Ludwig Quidde (1927), Winston Churchill (1953), Simon Kuznets (1971), Robert Fogel (1993), Douglas North (1993).